

Abgeordnetenhaus **BERLIN**

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

**Ausschuss für Bundes- und
Europaangelegenheiten, Medien**

Auswärtige Sitzung:
Europäische Akademie Berlin

25. Sitzung
6. September 2023

Beginn: 09.36 Uhr
Schluss: 12.24 Uhr
Vorsitz: Andreas Otto (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatskanzlei einschließlich aktueller Fragen auf Bundesrats- und Länderebene

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Aktuelle Fragen auf Europaebene, insbesondere EU- Angelegenheiten von Berliner Relevanz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Andreas Otto: Wir kommen zu

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Die Europäische Akademie in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der
SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der
Fraktion Die Linke)

[0077](#)
BuEuMe

Hierzu: Anhörung

Das ist jetzt eine etwas ulkige Situation, weil wir Sie begrüßen, obwohl Sie der Gastgeber sind: Herr Dr. Johann, herzlich willkommen in unserem Ausschuss! Neben Ihnen sitzt Herr Kruse. Herr Kruse ist schon da, ist aber eigentlich erst zu dem Tagesordnungspunkt 6 gefragt; er sollte an der Stelle aber vielleicht auch begrüßt werden.

Zum Ablauf der Anhörung: Wir machen es so, dass zunächst eine Begründung von einer der einreichenden Fraktionen erfolgt, davon gehe ich aus. Dann müssten wir gucken, ob wir dem Senat zu Beginn das Wort geben wollen oder ob wir Sie anfangen lassen. Ich gucke mal hier nach rechts. Wollen Sie anfangen? – [Staatssekretär Florian Hauer (Skzl): Nein.] – Nein. Dann würden wir uns gern Ihr Eingangsstatement anhören und danach geben wir dem Senat das Wort, damit er uns sagt, was er davon hält. Anschließend treten wir in eine Fragerunde ein. Ich weise an der Stelle schon darauf hin, dass wir eine Fragerunde und nicht unbedingt eine Runde von Ko-Referaten machen. Ich habe da in jüngster Zeit in manchen Ausschüssen ungünstige Verläufe erlebt.

Ich gehe davon aus, dass wir ein Wortprotokoll von dieser Anhörung machen. Ist das nötig? Besteht ein Einverständnis über diesen Wunsch? – Ja, dann machen wir ein Wortprotokoll.

Wir legen einfach los. Herr Dr. Johann, Sie haben das Wort! – Nein, halt, die Begründung. Wo ist die Begründung? – Wir können sie auch lassen. – Sie ist nicht nötig. Alles klar! – Dann sind Sie doch gleich dran, bitte schön!



Dr. Christian Johann (Europäische Akademie Berlin; Direktor): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Die Begründung sehen und spüren Sie vielleicht auch gleich in dem, was ich als kurzes Statement vorbereitet habe.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Herzlich willkommen in der Europäischen Akademie Berlin! Danke, dass Sie heute bei uns tagen. Zuletzt durfte ich im März 2021 vor Ihnen sprechen. Maskiert und getestet ging ich damals davon aus, dass der große Umbruch hinter uns liegt. Doch auch Corona war nicht das Ende der Geschichte: Am 24. Februar 2022 sind wir alle in einem neuen Europa aufgewacht. Der umfassende Angriff Russlands auf die Ukraine prägt auch heute unsere Arbeit, die ich Ihnen gerne nun mit Schlaglichtern vorstelle.

Geschichte und Mission

Zweck des Vereins ist es, zur **Völkerverständigung** beizutragen und die europäische Bildung zu fördern, um so einen Beitrag zur europäischen Zusammenarbeit und Einigung in **Politik, Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft** und beim **Schutz der Umwelt** zu leisten. [...]

Zur Erfüllung seiner Aufgaben kann der Verein eigene Einrichtungen unterhalten, **Seminare, Konferenzen** sowie andere **Veranstaltungen** durchführen und fördern oder sich an solchen beteiligen [...]. Der Verein unterstützt die **Bildung europäischer Netzwerke** zu den genannten Themenbereichen.

Satzung EAB, §3 Aufgaben



Unsere Satzung gibt unserem gemeinnützigen Verein den Auftrag zur Völkerverständigung. Wir fördern die europäische Bildung und leisten so einen Beitrag zur europäischen Zusammenarbeit und Einigung in Politik, Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft und beim Schutz der Umwelt. Die Bildung europäischer Netzwerke unterstützen wir explizit.



Kurz nach der Abreise von John F. Kennedy aus Berlin bezogen wir als Europahaus Berlin – das war damals noch der Name – 1963 unsere Räumlichkeiten. Der Bau der Berliner Mauer hatte unsere Arbeit nötig gemacht. West-Berlin brauchte einen Ort der internationalen Vernetzung. Bis zur Zeitenwende von 1989/1990 ging es bei uns aus dem eingemauerten West-Berlin heraus um Wissenszuwachs, Kontaktpflege und Diskussionen, und das vor allem immer mit dem Blick in den Osten Europas. In den Neunzigerjahren mussten wir uns neu erfinden; wir mussten uns einer neuen Welt anpassen. Mit der Erweiterung der EU und viel Neugier auf Europa gelang uns das. Wir diskutierten europäische Politik, Kultur und Gesellschaft im vereinten Berlin. Die Zeitenwende der Zwanziger zwingt uns erneut zur Anpassung.

Zahlen und Daten

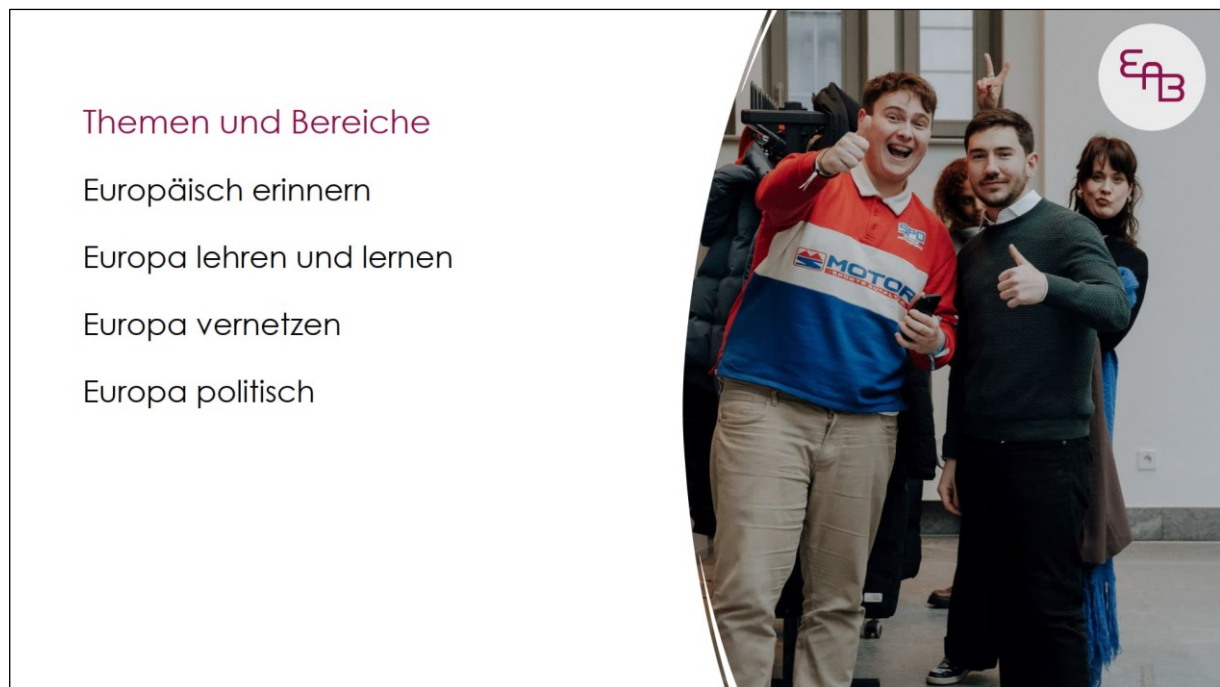
- 1963
- Eingetragener Verein, gemeinnützig
- 38 MA
- ca. 10.000 TN p.a.
- ca. 200 Projekte und Veranstaltungen p.a.
- Partner aus EU und aller Welt
- 2,3 Mio. EUR Ausgaben p.a.
- Institutionelle Förderung Land Berlin
- Rahmenpartner Europäische Union
- Umsätze durch Vermietung und Projekte



Die Fakten: Mit fast 40 Kolleginnen und Kollegen erreichen wir jedes Jahr bis zu 10 000 Menschen persönlich. In bis zu 200 unterschiedlichen Projekten jährlich und mit Partnern aus aller Welt liegt unser finanzieller Aufwand bei etwas mehr als 2 Millionen Euro pro Jahr. Die Basis unserer Arbeit ist eine institutionelle Förderung durch das Land Berlin; zusammen mit Umsätzen aus der Vermietung an Gäste – einige haben Sie heute schon gesehen – ist das unser Grundkapital.



Internationale Begegnungen und politische Bildung vermitteln Wissen. Noch wichtiger aber ist für uns, dass wir alle dieses Wissen aktiv anwenden können. Menschen sollen aktiv werden.



Themen und Bereiche

Europäisch erinnern

Europa lehren und lernen

Europa vernetzen

Europa politisch

Wie? – Die EAB ist in vier Bereichen inhaltlich zu Hause: Erinnerungskultur, Europabildung, Vernetzung und politische Bildung.



Erstens: Europäisch erinnern. – Wir hatten die Regierende Bürgermeisterin da, und wir haben sie mit einer VR-Brille zur Unkenntlichkeit maskiert auf diesem Foto; das sehe ich immer wieder, aber es gibt kein besseres. – Mit jungen Menschen aus ganz Europa gestalten wir virtuelle Erinnerungsorte. Jugendliche arbeiten so gemeinsam und international an unterschiedlichen Perspektiven auf die europäische Geschichte. Das digitale Rüstzeug geben wir Menschen an die Hand, die sich dann vor Ort in ganz Europa für die Vermittlung von Geschichte einsetzen.



Zweitens: Europabildung. – Auf welchen Werten basiert unsere Gesellschaft? Wie kann ich mich einbringen? – Wir zeigen Menschen, wie sie sich beteiligen können. Auf ihrem Weg zum eigenen Serious Game erfahren sie hier – auf diesem Foto zu sehen –, wie sie gesellschaftlich aktiv sein können, und sie gewinnen Digitalkompetenzen. Wir haben das mit Daten untermalt; das sind alles Dinge, die wir in den letzten Wochen und Monaten durchgeführt haben.



Drittens: Vernetzung. – Wir bilden europäische Netzwerke. Ein Comiczeichner aus Budapest trifft eine Museumsmitarbeiterin aus Warschau und eine Unternehmerin aus Kiew. Sie sprechen über ihre Verbindungen aus Berlin in ihre Heimatstädte und über Zusammenarbeit.



Viertens und letztens: Politische Bildung. – Debatte und Demokratie im Alltag und in der persönlichen Zukunft: In Workshops, Ausstellungen und Diskussionen treffen Berlinerinnen und Berliner auf die Politik. Wer entscheidet was? Was bedeutet das für mich? – Gastgeber sind Fachleute aus allen Bereichen und Gegenden, die mit Europa zu tun haben.



Berliner Dienstleisterin für Europa

CERV und SKRYNYA (seit 2021)
Vielfalt vereint, Connecting Cultures

Connecting Cultures (Start 2023)
Cross-over

City Link Berlin (ab 2023/24)
Städtepartnerschaften

Umbau (Start 2024)
Begegnung, Bildung, Debatte

Dass unsere Arbeit sehr berlinbezogen ist, haben die Bilder bereits gezeigt; das wissen Sie vielleicht auch schon. Wie binden wir den Berlinbezug aber bei uns in der Europäischen Akademie Berlin strategisch ein? – Mit unseren Formaten sind wir vor allem eine Dienstleisterin für Europa und Berlin. In allen aktuellen und geplanten Aktivitäten werden wir dies auch weiterhin wahr machen. Einige stehen auf der Folie.



Zukunft: Was Sie hier durch einen Entwurf unserer Architekten sehen, ist bereits die sichtbarste Veränderung der EAB. Die Veränderung der Form spiegelt sich auch in der Weiterentwicklung unserer inhaltlichen Arbeit wider.



Große Berliner Momente – Herr Cywinski, wir saßen nebeneinander, als dieses Foto aufgenommen wurde – begleiten wir mit Berliner Europaformaten, hier die Eröffnung der Special Olympics in Berlin in diesem Sommer. Das wird mit dem Blick nach vorne auch für die großen Europamomente 2024 gelten. Zwei davon sind die Wahlen zum Europäischen Parlament und das Finale der Fußball Europameisterschaft hier in Berlin.



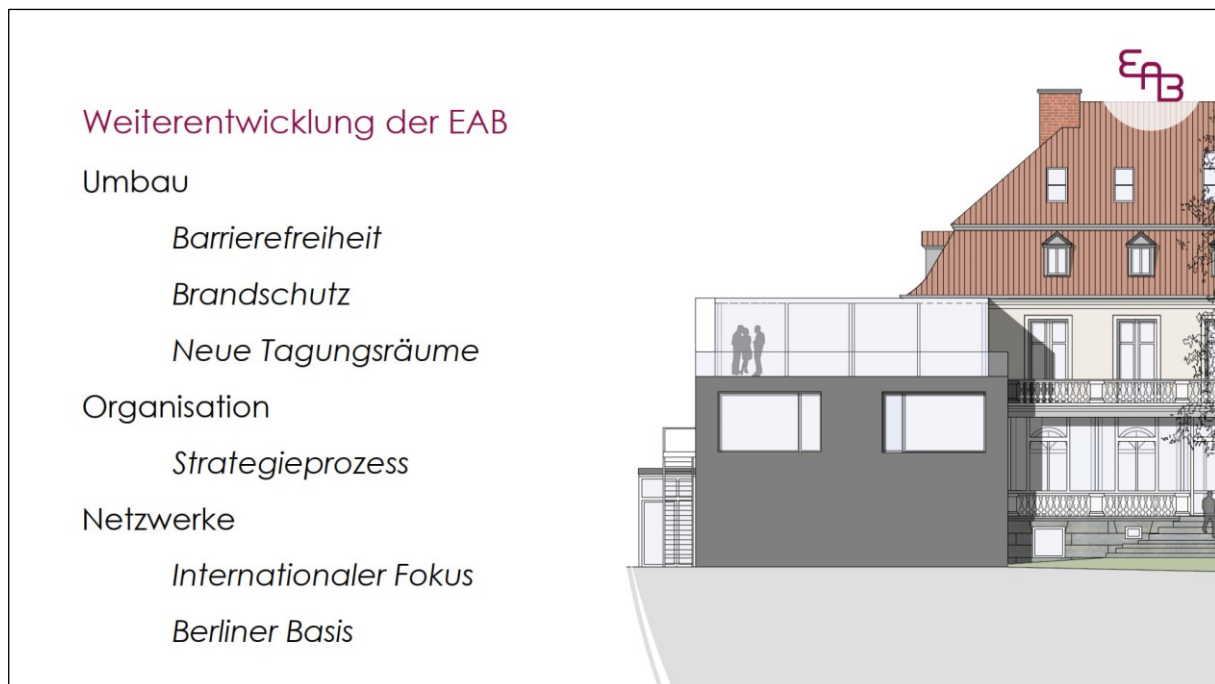
Konkret: Das Sportereignis dieses Berliner Sommers haben wir für die Europabildung nutzbar gemacht. Im Rahmen des größten Europaschulwettbewerbs hierzulande haben wir eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf ins Olympiastadion und in das europäische Berlin begleitet, etwa ins Auswärtige Amt – hier zu sehen – oder ins Europäische Haus.



Mit einem völlig neuen Format bringen wir seit dem letzten Jahr, seit 2022, Designer, Künstlerinnen und Künstler, Jungunternehmen, Bäckereien und Bars aus der Ukraine an einem Ort zusammen. Hier zeigen sie uns eine moderne, europäische und der Zukunft zugewandte Ukraine. In schon drei Durchgängen haben mehr als 4 000 Menschen so erfahren, was sich die Menschen aus der Ukraine erhoffen und wie sehr ihre Hoffnungen unseren ähneln: ein neuer Weg für politische Bildung, für European Civic Education.



Jetzt vielleicht der für uns in vielerlei Hinsicht wichtigste Punkt, der Umbau der Europäischen Akademie Berlin. Heute Morgen haben Sie auf Ihrem Weg in diesen Raum – ich bin sicher, dass die meisten von Ihnen das nicht gezählt haben – 19 Stufen bewältigen müssen. Es gibt keinen Raum in der EAB, der nicht durch eine Schwelle oder durch Treppen von den anderen abgetrennt ist. Es ist schön, wenn man das nicht bemerkt, aber es ist in der politischen Bildung, die Zugänge für alle Menschen schaffen will, ein großes Problem, auch für uns.



Die schon mehrfach umgebaute EAB hat insgesamt, wenn man einen Querschnitt bildet, 14 verschiedene Ebenen – nicht alle übereinander, es ist kein Hochhaus, aber alle Ebenen liegen irgendwie quer zueinander und sollen nun einheitlich gedacht werden, weil dieser Umbau der EAB vor allem Berlin in den Blick nimmt.

Und er zielt auf Wirtschaftlichkeit. Das zeigen zwei Zahlen ganz konkret: Der Raum, in dem wir hier gerade sitzen, der Raum „Rom“, ist für die kommenden acht Monate komplett ausgebucht. Es ist ein absoluter Glückstreffer, dass wir den Raum heute hier haben. Fast dreimal täglich könnten wir ihn vermieten und so unsere Abhängigkeit von externer Förderung reduzieren. Mit zwei neuen Tagungsräumen dieser Größe im bestehenden Gebäude der EAB machen wir uns fit für die Zukunft. Ein Tagungsraum wird hier oben als Aufbau entstehen, ein Dachwipfel-Tagungsraum. Ich freue mich schon, Sie einzuladen, wenn wir dann dort oben tagen können. – Aber fragen Sie mich bitte nicht, wann es genau so weit sein wird.



Dass die EAB die letzten 60 Jahre und zuletzt die Pandemie so gut überstanden hat, war überhaupt nicht selbstverständlich. Das lag an Dutzenden guter Partnerinnen und Partner – ich habe versucht, alle oder die meisten unterzubringen –, und das lag vor allem auch an Ihrer Unterstützung im Abgeordnetenhaus und im Senat.



Vor allem lag es auch an einem Team hier in der Europäischen Akademie Berlin, das sich jeden Tag mit Elan, großem Durchhaltevermögen und vielen smarten Ideen für Europa und für Berlin einsetzt. Ihnen gebührt mein größter Dank. Die EAB ist ein Juwel hier in Berlin. Darauf sind wir stolz. Die Menschen, die hier jeden Tag ihr Bestes geben, bringen dieses Juwel zum Leuchten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! Ich freue mich auf Ihre Fragen.

Vorsitzender Andreas Otto: Herzlichen Dank! – Ich würde jetzt dem Senat das Wort geben. Sie könnten sagen, was Sie dazu beitragen mögen oder was Sie davon halten. Dann nehme ich Wortmeldungen für die Fragerunde entgegen. – Bitte schön!

Florian Hauer (Senatskanzlei): Danke, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Dr. Johann! Vielen Dank für Ihren Vortrag und vor allem für die Einladung und die Möglichkeit, heute hier sein zu dürfen – also nicht stellvertretend für die Abgeordneten, das wird sicherlich gleich noch folgen; ich kann nur für mich und die Senatskanzlei sagen, dass wir uns immer freuen, hier bei Ihnen sein zu dürfen. Ich war vor einigen Wochen an einem Samstagnachmittag schon einmal hier zu Gast bei der Europa-Union. Da habe ich Ihr Haus schon kennenlernen dürfen und habe mich hier sehr wohlgefühlt. Ich fühle mich auch heute wieder wohl.

Wir hatten kürzlich die Gelegenheit, uns bilateral etwas ausführlicher auszutauschen und Ihr Haus bei einer Besprechung bei uns in der Senatskanzlei kennenzulernen. Ich kann nur sagen, es besteht darüber Kontinuität im Senat, in der Senatskanzlei, dass wir Ihre Arbeit extrem schätzen. Wir sehen in ihr einen großen Mehrwert für den Standort, für das Land Berlin, was gerade die europapolitische Vernetzung und Bildungsarbeit angeht, und wir werden das auch in Zukunft selbstverständlich im Rahmen unserer Möglichkeiten gerne weiter fördern.

Wenn ich richtig informiert bin, ist auch der Haushaltsansatz im Entwurf. Das letzte Wort hat der Gesetzgeber, das Abgeordnetenhaus, aber wir haben, glaube ich, die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen und haben die Weichen dafür gestellt, dass es auch künftig möglich sein wird. Über konkrete Dinge – Sie haben eben schon die besonderen Belastungen genannt,

die aus den geplanten Umbaumaßnahmen bei Ihnen hier im Haus resultieren –, was temporäre Mindereinnahmen angeht, müssen wir sicherlich noch einmal sprechen beziehungsweise müssen Sie mit dem Parlament sprechen, das dazu das letzte Wort hat und jetzt Herrin des Verfahrens ist. Das werden wir als Senatskanzlei gerne unterstützen.

Ich will nur einen Satz sagen: Wir haben auch darüber gesprochen, dass wir, wenn wir eine Institution dauerhaft mit Steuergeld fördern, es den Berliner Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern auch schuldig sind, dass dieses Geld für Berlin eingesetzt wird. Das ist unser Ansatz und Anspruch als Senatskanzlei: Es ist unser Anspruch, dass die Aktivitäten möglichst immer einen Berlinbezug aufweisen. Ich sage ganz offen, dass das unser Anspruch ist, habe aber auch gar keine Zweifel daran, dass es so ist. Wir haben beide kürzlich darüber gesprochen, wo wir vielleicht noch Punkte oder Felder haben, in denen wir die Potenziale und die internationalen Netzwerke, die Ihr Haus hat, noch stärker nutzen könnten.

Ein Thema, das wir in dem Zusammenhang besprochen haben – das will ich hier an der Stelle auch noch mal erwähnen –, sind die Städtepartnerschaften. Wir sind uns, denke ich, alle einig, dass diese Städtepartnerschaften mehr als nur eine Formalität sind und es nicht dabei bleiben sollte, dass man sie einmal begründet und dann alle 20, 30, 40 Jahre ein Jubiläum feiert.

Herr Schatz, Sie haben in den letzten Wochen zu dem Thema auch viel Informationsbedarf gehabt, zu Recht auch. Das ist ja für mich auch neu. Ich lese die Antwortentwürfe dann auch mit großem Interesse, weil es auch für mich sehr informativ ist. Deswegen danke dafür! – Was ich ansprechen will, ist eine Idee, die wir in dem Zusammenhang entwickelt haben: Ich denke, diese Städtepartnerschaften leben doch davon, dass wir Menschen zusammenbringen, aus Berlin und den jeweiligen Partnerstädten, denn Städtepartnerschaften leben vom zwischenmenschlichen Kontakt und davon, dass man Akteure zusammenbringt, dass man voneinander lernen kann, dass man Beziehungen aufbaut, Netzwerke entwickelt. Daher war meine Idee, dass wir an der Stelle vielleicht auch stärker die Europäische Akademie einbinden könnten, als Plattform für solche Vernetzungsveranstaltungen; dass wir, wenn wir eine Städtepartnerschaft mit einer anderen Stadt haben, die Akteure vielleicht mal nach Berlin einladen, hier Konferenzen durchführen, um die Akteure auf der Berliner Seite und die Freundinnen und Freunde, die Gäste aus der jeweiligen Städtepartnerschaft, zusammenbringen. Das wäre meine Idee.

Ich finde, dafür würde die Europäische Akademie wirklich einen guten Beitrag leisten und wäre eigentlich genau das Richtige, was wir als Senat so in dieser Form selbst gar nicht haben – also nicht so gut wie Sie –, weil uns die Erfahrungen fehlen, auch was das Hotel und die Veranstaltungsräumlichkeiten angeht. Das ist ein ganz konkretes Feld, wo ich denke, dass die Europäische Akademie und der Senat noch stärker zum gegenseitigen Nutzen zusammenarbeiten können. Das wäre auch mein Wunsch, gerade mit Blick auf die Städtepartnerschaften. Ein Auslöser waren für mich, wie gesagt, die Fragen – die ich auch mit großem Interesse gelesen habe –, was es eigentlich für konkrete Aktivitäten sind. Es wäre mein Wunsch und meine Vorstellung, dass wir die Vernetzung auf der persönlichen Ebene stärken und dass die Akademie der Dienstleister – in Anführungszeichen – beziehungsweise die Plattform sein könnte, um einen solchen Prozess in die Praxis umzusetzen. – Das war es von meiner Seite. Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Herzlichen Dank! – Auf der Liste steht zunächst Frau Kühnemann-Grunow für die SPD-Fraktion. – Sie haben das Wort!

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch an Herrn Dr. Johann, dass wir heute die Möglichkeit haben, hier zu tagen, weil ich nicht immer so unbedingt weiß, ob diese Einrichtung, die wir hier mitten im Grunewald haben, auch wirklich allen bekannt ist. Ich glaube, jeder, der hierherkommt, ist erst mal überrascht davon, was das für ein wunderbarer Ort mit wirklich vielen Möglichkeiten ist. Es freut mich auch, in dem Zusammenhang vom Staatssekretär zu hören, dass man diese Einrichtung in der Zukunft als Plattform nutzen will. Denn mir ging es ähnlich: Als ich hier zu Besuch war, fiel mir eine Menge ein, was man hier machen könnte, und mir fiel auf, was wir hier eigentlich für ein Schätzchen haben und was das für eine wunderbare Ressource ist.

Nun fördert das Land die Europäische Akademie Berlin institutionell. Deswegen komme ich nach meinem Lob für den schönen Ort zu den Fragen: Mich würde interessieren, wo die Bedarfe der Europäischen Akademie sind. Durch die Möglichkeit der institutionellen Förderung ist die Basis vorhanden, dass auch andere Fördermittel angeworben werden können. Die Europäische Akademie finanziert sich ja aber auch durch eine ganze Menge Projekte, die gemacht werden, durch die Besucher, die die Liegenschaft hier nutzen, und so weiter. Es wäre für mich noch mal wichtig zu wissen, wie wir aus dieser Struktur noch mehr herausziehen können.

Die Ukraine ist angesprochen worden, auch die neuen Kontexte und Herausforderungen. Wir als Land Berlin streben jetzt beispielsweise die Städtepartnerschaft mit Kiew an. Wir haben gehört – vielleicht kann die Senatsverwaltung dazu noch etwas sagen –, dass sich das alles auf einem sehr guten Weg befindet. Aber auch die Europäische Akademie hat ja Ideen bezüglich der Städtepartnerschaften. Wie könnte das aussehen, dass auch die Städtepartnerschaften – die gehen ja weit über Europa hinaus – weiter begleitet werden könnten?

Zur Europabrücke Berlin, die anvisiert ist, zu der es meines Erachtens auch einen Lottoantrag gibt: Was verbirgt sich dahinter, und wie können wir da unterstützen?

Ich finde auch den Ansatz interessant, mit China zu reden. Wir reiben uns an China; China ist ein großer Partner. Wir als europäische Gemeinschaft und auch als Berlin sollten weiterhin versuchen, miteinander im Gespräch zu bleiben. Ich meine, es gab ein Projekt, das über Kunst und Kultur einen Ansatz gesucht hat, mit einer chinesischen Delegation und auch mit chinesischen Vertretern in Kontakt zu bleiben. Mich würde interessieren, was der spezielle Ansatz dabei ist, und wie das weiter verfolgt werden kann.

Dann haben wir den „Internationalen Tag der Demokratie“, und wir haben nächstes Jahr auch Europawahlen in Berlin. Mich würde interessieren, ob es bestimmte Formate gibt. Wir überlegen natürlich auch immer, wie wir Europa für die Bürgerinnen und Bürger noch einmal sichtbarer machen können. Wie können wir auch die Europäische Akademie in diesem Kontext einbinden und nutzen? – Und natürlich abschließend, und das war auch der Anfang: Was können wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier tun? Wir stehen gerade vor den Haushaltsberatungen, gehen in 14 Tagen in die erste Lesung. Was sind die Wünsche der Europäischen Akademie an uns? – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Ich habe hier jetzt eine lange Liste: Herrn Schatz, Herrn Dr. Bronson, Herrn Häntsch und Herrn Meyer. Habe ich irgendjemanden übersehen? – Nein. Dann machen wir einfach so weiter. – Herr Schatz für die Linksfraktion!

Carsten Schatz (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, für die Worterteilung! – Herr Dr. Johann, vielen Dank für Ihre Einführung und auch im Namen meiner Fraktion alle Wertschätzung für Ihre Arbeit, die unglaublich wichtig für Berlin ist!

Ich will mich trotzdem auf ein paar konkrete Fragen beschränken, die aus meiner Sicht sinnvoll sind, auch wenn ich jetzt zur Kenntnis genommen habe, dass zumindest eine Koalitionsfraktion schon heftig dabei ist, ihre Fraktionsmittel in den Haushaltsberatungen auszugeben. Ein Teil ist auch schon vom Senat belegt, habe ich vorhin gehört. – Ich habe im Haushaltsentwurf gesehen, dass Ihre Mittel für das kommende Jahr um 2 Prozent steigen. Nun ist vorhin schon erwähnt worden: Durch Umbaumaßnahmen werden Sie Einnahmeausfälle haben, und wahrscheinlich nicht nur ich gehe davon aus, dass es auch mit Tarifabschlüssen Ende des Jahres zu Tarifsteigerungen kommen wird – von anderen Kostensteigerungen, Energiekosten, mal ganz abgesehen. Insofern ist meine Frage: Wie gehen Sie damit um? Haben Sie eigentlich darüber hinausgehende Bedarfe, und werden Sie unter Umständen Einschnitte vornehmen müssen an der einen oder anderen Stelle?

Das knüpft an eine Frage an, die Frau Kühnemann-Grunow schon gestellt hat. Wir haben im nächsten Jahr Europawahl, und – wenn mir der kleine Einschub erlaubt ist – wir wachen immer alle fünf Jahre auf, wenn die Europawahl kommt, und sagen: Oh, da müssen wir unbedingt etwas machen. – Eigentlich sollten wir uns vornehmen, in den Jahren dazwischen auch etwas zu machen. Auch was die politische Mitbestimmung von Bürgerinnen und Bürgern angeht, gibt es mittlerweile Mittel auf europäischer Ebene, beispielsweise die Europäische Bürgerinitiative, die auch schon mehrfach genutzt wurde, solche Mittel stärker bekannt zu machen. Natürlich stellt sich jetzt aber die Frage: Was planen Sie konkret für das nächste Jahr? Ist die Finanzierung, die Sie institutionell bekommen, dafür ausreichend beziehungsweise welche Projekttöpfe fassen Sie da an?

Eine letzte Frage, wenn mir das erlaubt ist: Sie hatten den Umbau kurz angeschnitten. Ich würde gerne danach fragen, ob da alles – oder zumindest die Finanzierung – in trockenen Tüchern ist.

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Der Nächste ist Herr Dr. Bronson für die AfD-Fraktion. – Sie haben das Wort!

Dr. Hugh Bronson (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Dr. Johann, für die Ausführungen! Ich habe zwei Fragen. Die eine betrifft Ihre programmatische Mitarbeit bei der Konferenz zur Zukunft Europas, an der Sie aktiv beteiligt waren. Im Nachgang der Konferenz gibt es eine Einschätzung der Autoren der Stiftung Wissenschaft und Politik, und sie ziehen eigentlich ein relativ nüchternes Resümee. Ich zitiere:

Die meisten nationalen Regierungen begegneten der Konferenz zur Zukunft Europas mit Skepsis.

Es geht hier vor allem um die sogenannten Non-Papers, die zahlreiche Staaten der Konferenz zur Zukunft Europas bei der Frage einer potentiellen Umsetzung der Beschlüsse entgegenstellten. Außerdem organisierten nur sechs der 27 EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas sogenannte nationale Bürgerforen. Nun würde ich von Ihnen gerne wissen: Welches Resümee ziehen Sie oder die Europäische Akademie zur Frage des Erfolges oder Misserfolges der Konferenz zur Zukunft Europas? – Das möchte ich auch weiterleiten an den Senat: Welches Resümee ziehen Sie aus der Konferenz zur Zukunft Europas?

Vielleicht auch noch im Hinblick auf das, was Sie bezüglich der Städtepartnerschaften vorhin erwähnt hatten: Wir wissen, dass die Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Moskau wegen des Angriffskrieges in der Ukraine auf Eis gelegt ist. Nun haben Sie gerade davon gesprochen, wie lobenswert Städtepartnerschaften sind. Es geht um die Vernetzung von Menschen, von einfachen Bürgern, Schülern, Studenten und so weiter und so fort. Sieht der Senat sich in der Lage, diese auf Eis gelegte Städtepartnerschaft zu Moskau zu revidieren und das Bedürfnis der Menschen, zueinander zu kommen, hier vielleicht zu unterstützen?

Dann habe ich noch eine weitere Frage, und zwar wieder an Herrn Dr. Johann, zu „Shabakat – Stadt vernetzt“. Im Rahmen des Projekts Shabakat hat sich die Europäische Akademie in Berlin mit der Stadtentwicklung in Algerien und Tunesien beschäftigt. Gibt es für Sie kulturelle oder geographische Grenzen, oder wie weit erstreckt sich Ihr Engagement in dieser Richtung? – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Der Nächste ist Herr Häntsch für die CDU-Fraktion. – Bitte schön!

Stefan Häntsch (CDU): Danke, Herr Vorsitzender! – Auch von meiner Fraktion zunächst noch vielen Dank, dass wir heute hier zu Gast sein dürfen! Ich kannte das Gebäude, die ganze Anlage, nicht. Ich finde, es ist in der Tat ein Juwel in der Stadt, weil es, wie Sie auch geschildert haben, ein Ort der Vielfalt ist, was eben auch Berlin gut ansteht. Auch Berlin ist ja eine Stadt der Vielfalt.

Wenn man vorne das Gebäude betritt, sieht man die ukrainische Fahne wehen. Von daher schließt sich da auch meine Frage zu diesem Thema an. Sie hatten vorhin ein Projekt kurz vorgestellt. Was mich konkret interessieren würde, ist, inwieweit die Europäische Akademie auch bei der Bildungsintegration von ukrainischen Flüchtlingen hilft und unterstützt oder welche Perspektiven Sie für sich sehen, dort weiter tätig zu werden.

Vorhin ist es kurz angeklungen: Es ist geplant, eine Städtepartnerschaft mit Kiew anzustreben, was ich sehr gut finde. In diesem Zusammenhang finde ich es auch sehr gut, dass die Städtepartnerschaft mit Moskau auf Eis liegt. – Herr Bronson! Ein guter Ansatz, um diese Städtepartnerschaft wieder aufzunehmen, könnte gegebenenfalls darin liegen, dass Russland diesen Angriffskrieg aufgibt und sich hinter die Grenzen des Krieges, als er begonnen hat, zurückzieht. Dann könnte man vielleicht intensiv darüber reden. Ansonsten ist das, was wir gerade mit Kiew anstreben, eine gute Sache, finde ich. – Daher noch mal die konkrete Frage: Wie weit können Sie dort als Europäische Akademie unterstützen? –, zumal auch da konkrete Vorstellungen seitens der Europäischen Union bestehen, inwieweit man die Kooperation mit der Ukraine ausbauen kann, bis hin zu einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Von daher wäre das vielleicht ganz wichtig für uns zu erfahren. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Herr Meyer für die SPD-Fraktion, bitte schön!

Sven Meyer (SPD): Auch von meiner Seite natürlich herzlichen Dank für die Einladung und dafür, dass wir hier tagen dürfen! – Ich habe zwei Fragen. Das eine ist: Europa ist eine Wahnsinnschance für junge Leute, in anderen Ländern eine Ausbildung zu machen, zu arbeiten, Länder kennen zu lernen. Ich glaube, das ist auch ganz zentral für die Frage der Bedeutung von Europa für die Menschen, für die nächste Generation. Gleichzeitig haben wir überall einen Fachkräftemangel, nicht nur in Deutschland. Das betrifft inzwischen einen Großteil der Welt, gerade Europa. Welche Aufgabe sieht Ihre Akademie, jungen Leuten eine Chance in Europa zu bieten und ihnen auch zu zeigen – – Ich erlebe es immer wieder, dass viele gar nicht wissen, welche Möglichkeiten sie in Europa haben. Ich habe das in der Ausbildung immer wieder erlebt, dass viele tatsächlich glauben, wenn sie in Italien arbeiten, eine Ausbildung machen, brauchen sie ein Visum, diverse Erlaubnisse und, und, und. Was die Europäische Union wirklich für ihren Alltag und für ihr Leben bedeutet, ist vielen völlig unbekannt. Von daher die Frage: Wie sehen Sie hier Ihre Aufgabe? Wie sind Sie dort aufgestellt, vielleicht auch für die Zukunft? Wie sehen Sie die Bedeutung in diesem Bereich?

In dem Kontext gleich eine anschließende Frage: Sie haben gesagt, Ihre Akademie musste sich in den Neunzigerjahren neu erfinden. In dem Fall würde ich einfach mal direkt anfragen: Muss sich die Akademie auch heute wieder neu erfinden angesichts der Herausforderungen, die wir alle in Europa sehen, den Rückgriff auf das Nationale hin zum Nationalstaat, das Aufkommen der Rechten? Wie sehen Sie hier Ihre Akademie, und wie sehen Sie hier die Herausforderungen für Ihre Akademie? – Danke!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Ich habe auf der Liste noch Frau Dr. Kahlefeld für Bündnis 90/Die Grünen. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe zwei Fragen. Die eine bezieht sich auch noch mal auf den Ukrainekrieg – da gab es ja jetzt einige Fragen –, nämlich ganz konkret: Wie hat sich denn Ihre Arbeit verändert, was konkrete Formate angeht, aber auch Ihre Reflexion über Europa? –, denn Sie haben ja auch ein Europaprogramm, eine Vorstellung von dem, was Europa sein könnte. Ich frage das deshalb, weil wir durch den Ukrainekrieg alle erlebt haben, dass uns diese Vorstellung von Europa als Insel des Friedens abhandengekommen ist. Diese Erzählung, dass wir es nach 1945 geschafft haben, uns so zusammen zu ruckeln, dass es nie wieder Krieg auf diesem Kontinent gibt, die hätte schon nach dem Zerfall von Ex-Jugoslawien kaputt sein können. Da haben wir es noch schön beiseitegeschoben, aber jetzt, beim zweiten Mal, haben wir es, glaube ich, alle verstanden, dass Europa auch über sich selbst anders nachdenken muss. Inwieweit schlägt sich das in Ihrer Arbeit nieder, sowohl was das Konkrete angeht als auch die Formate, in denen Sie das Nachdenken über Europa vorantreiben?

Meine zweite Frage ist so ein bisschen der Versuch, einen Kontakt zu Ihrem Nachbarn vom BEMA, Herrn Kruse, herzustellen. Wir haben nachher noch die Auswertung der Minor-Studie über die Situation von EU-Ausländerinnen und EU-Ausländern in Berlin auf der Tagesordnung und werden darüber sprechen. In der Anhörung ging es damals vor allen Dingen darum, was Corona für die europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nach Berlin gekommen sind, bedeutete. Speziell beim BEMA geht es vor allen Dingen um europäische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch andere, die hier von Arbeitsausbeutung betrof-

fen sind und unter die Räder geraten. Auch hier ist die europäische Idee, Berlin als sehr weit im Osten gelegene europäische Metropole – – Da zeigt sich, dass wir die Idee von unseren Werten und wie fortschrittlich wir sind doch noch sehr mit Leben füllen müssen. Ich weiß, dass Sie das mit der Europäischen Akademie machen, welche Formate Sie anbieten, um auf diesem Weg mit uns zusammen zu arbeiten. Ich glaube, das ist klar geworden.

Vorsitzender Andreas Otto: Die Redeliste ist erschöpft. Ich gucke noch mal in die Runde: Ich habe niemanden vergessen. – Dann kommen wir jetzt zum Antwortblock und Sie, Herr Dr. Johann, hätten jetzt die Gelegenheit, die aufgeworfenen Fragen zu beantworten. Der Staatssekretär würde sich dann anschließen zu den Fragen, die an den Senat gerichtet waren. Sie dürfen aber zuerst. – Bitte schön!

Dr. Christian Johann (Europäische Akademie Berlin; Direktor): Vielen Dank! – Ich muss tatsächlich kurz schauen, ob es irgendeinen Bereich unserer Arbeit gibt, der nicht berührt wurde und ob Sie den noch finden. Herzlichen Dank für die Fragen und Ihr großes Interesse an unserer Arbeit und auch an der Zukunft! – Ich würde es chronologisch beantworten.

Frau Kühnemann-Grunow! Sie haben die internationale Sichtbarkeit betont und gefragt, wo die anderen Mittel herkommen, die wir mit der institutionellen Förderung des Landes Berlin hebeln. Als plastisches Bild können Sie sich eine Torte vorstellen, die unseren Jahresumsatz ausmacht, und diese Torte besteht zu einem Viertel aus der institutionellen Förderung des Landes Berlin. Das ist quasi der eine Euro, mit dem wir loslegen und dann – je nach Jahr, je nach Aufwand – 4 bis 5 Euro mit diesem einen Euro hebeln und nach Berlin bringen. Dieses Geld wird zum größten Teil entweder hier in Berlin oder berlinbezogen ausgegeben und stammt von ganz vielen Partnern und Stiftungen – ich habe ja vorhin die Folie gezeigt –, vor allem aber auch von staatlichen Einrichtungen wie dem Auswärtigen Amt. Das ist unser größter Partner, was die Fördermittel angeht, was die internationalen Netzwerke angeht, was die Projekte angeht.

Wir begleiten, nur als konkretes Beispiel, am 2. und 3. November dieses Jahres eine Gruppe internationaler Korrespondenten, die in Brüssel sitzen, also zum Beispiel die Europakorrespondenten der „New York Times“. Ich nenne immer die „New York Times“, weil das auch für mich das Beeindruckendste ist. Die kommen aber aus allen Herren Ländern und besuchen die Bundesregierung und sprechen mit allen Bundesministerinnen und Bundesministern über europäische Politik, deutsche Europapolitik, und das begleiten wir. Da sind wir quasi die Plattform und die Organisatoren im Hintergrund. Das ist auch die erste große Antwort auf viele Ihrer Fragen: Wir bringen vor allem Projektmanagementkompetenzen mit und organisieren diese Art von Delegationsreisen. Das wird gleich noch in anderen Antworten eine Rolle spielen, dass wir in der Lage sind, Menschen nicht nur bei uns unterzubringen – die Korrespondenten wohnen nicht bei uns, die wohnen in einem schickeren Hotel –, sondern wir organisieren die Reisen, kennen die Ansprechpartner sowohl in den Ministerien als auch in den Stiftungen und arbeiten zusammen.

Das erste Viertel der Torte ist also die institutionelle Förderung. Das zweite Viertel der Torte sind Gastveranstaltungen, die hier bei uns stattfinden und bei denen wir nicht inhaltlich zuarbeiten, und Hotelgäste, die uns über verschiedene private Plattformen buchen oder direkt an der Rezeption anrufen und hier übernachten. – Jetzt haben wir zwei Viertel genannt, das heißt, es fehlt noch eine Hälfte. Diese Hälfte wird jedes Jahr von uns durch eine ganz bunte Vielfalt

von Projekten finanziert, und da sind die wichtigsten Geldgeber die Stiftung Mercator GmbH, aber auch das Land Berlin. Wir arbeiten mit Bezirken zusammen, auf die wir gleich noch mal zu sprechen kommen, und haben zum Beispiel auch die Bundeswehr im Haus. Wir engagieren uns für die politische Bildung bei der Bundeswehr. Das wird der einzige Haushalt sein, der nicht von Kürzungen betroffen ist. Ob die in die politische Bildung fließen, auch beim Verteidigungsministerium, weiß ich noch nicht ganz genau, aber das ist für uns ein ganz wichtiger Partner, weil – aber auch das brauche ich nicht erklären – politische Bildung in der Parlamentsarmee auch für uns ein großes europäisches Anliegen ist.

Diese Hälfte, die ich erwähnt habe, wollen wir nach und nach in zwei Viertel verwandeln. Das bedeutet, dass wir nicht mehr nur von Zuwendungen abhängig sein möchten. Sie kennen den Prozess: Man bewirbt sich, man kann auch eine Absage bekommen, man hat aber vor allem einen immensen Aufwand und einen in den letzten Jahren massiv gestiegenen Administrationsaufwand mit unglaublichen Hürden und Aufgaben, die entstehen, wenn man verschiedene Fördermittelgeber miteinander kombiniert. Zwei oder drei verschiedene Fördermittelgeber für ein Projekt führen wirklich viele Kolleginnen und Kollegen und auch mich an die Grenzen dessen, was wir einerseits schaffen können, aber auch noch verstehen können, warum das nun nötig ist. Ich habe vor Kurzem gesehen, wie wir vor 20 Jahren bei der Bundeszentrale für politische Bildung – ein weiterer wichtiger Fördermittelgeber – Anträge gestellt haben. Das waren zwei Zeilen in einer Exceltabelle, in der stand, wie viele Menschen wie viel Zeit hier verbracht haben, und das war mit den Unterschriftenlisten zusammen der Verwendungsnachweis und wurde so abgeschickt. Das hat sich massiv verändert, und wir möchten uns deswegen, wegen dieser großen neuen Last, vielmehr darauf konzentrieren, Produkte zu entwickeln.

Unter Produkten verstehen wir wiederkehrende Bildungsangebote, die digital oder persönlich sein können, und wo Menschen sich aktiv entscheiden: Oh, ein Seminar der Europäischen Akademie! Daran nehme ich teil, und es gibt einen Unkostenbeitrag, den ich gerne bezahle, weil ich auch von den Netzwerken profitiere, die sich dieses Haus aufgebaut hat. – Ein konkretes Beispiel ist in diesem November unser erfolgreichster Bildungsurlaub – oder Seminar im Rahmen der Bildungszeit – hier in der EAB zum Thema Künstliche Intelligenz und Auswirkungen auf Politik und Europa. Innerhalb kurzer Zeit – das hatten wir noch nie, es ist aber natürlich auch ein sehr interessantes Thema – ist das nachgefragt und von Menschen, die bereit sind, Geld zu investieren, gebucht worden. Das sind dann die Produkte. Die wollen wir hochfahren und daraus dann irgendwann ein Viertel unserer Umsätze machen. – Herr Schatz, das geht auch ein bisschen in Ihre Richtung, wie wir zum Thema Nachhaltigkeit mit Blick auf entweder Sparhaushalte oder hohe gestiegene Kosten in Zukunft wirtschaften möchten.

Ganz vergessen habe ich, das will ich aber noch erwähnen: Wir sind Rahmenpartner der Europäischen Union im Programm CERV. Das steht für Citizens, Equality, Rights and Values. Sie haben es vorhin berichtet, Herr Hauer, wie auch die Fundraising-Kompetenz dazugehört, wenn man sich Europa erschließt. Auch da bieten wir, glaube ich, nicht nur einen großen Wissensschatz, sondern auch den Bedarf an Austausch und Vernetzung. Wenn wir da mithelfen können, sind wir gerne dabei. Diese CERV-Mittel – das ist vielleicht für Sie interessant – sind tatsächlich groß und helfen uns, wiederum weitere Mittel zu hebeln. Für das nächste Jahr haben wir schon die Zusage für ein Operating Grant für ein Jahr bekommen. Das ist ein Umfang von fast 400 000 Euro, mit dem wir dann Projekte in einem Gesamtumfang von

600 000 Euro umsetzen. Die Torte ist noch sehr viel kleinteiliger – es gibt auch viele, die lieber ein kleines Stück Torte essen –, aber so setzen sich die Umsätze ungefähr zusammen. Das ist in vielen Bereichen mit viel Fundraising verbunden.

Heute Nachmittag haben wir unsere erste Site Inspection – Site im Sinne von Ort – und haben eine Reihe von Organisationen zu Gast, denen wir das Haus vorstellen. Das ist quasi Vertrieb. Das ist etwas, was für eine Organisation wie uns nicht selbstverständlich ist, und womit wir uns auch lange schwergetan haben. Wir machen es aber jetzt sehr viel professioneller und wollen als Organisation aus Berlin und ganz Deutschland – da ist die Bundeshauptstadt eben auch sehr interessant – zeigen, was wir zu bieten haben und was man hier machen kann.

Diese CERV-Mittel, die ich zuletzt erwähnt habe – das war die zweite Frage nach den Städtepartnerschaften – geben Ihnen ein Verständnis davon, wie wir vorgehen möchten. Wir haben Europamittel. Wir haben eine Reihe von Projekten, die wir eingereicht haben oder die wir vorhaben, zum Beispiel junge Menschen aufklären, wie sie sich beruflich in Europa verwirklichen können. Das ist ein konkretes Projekt, das wir dieses und im nächsten Jahr durchführen. Wir bereiten uns auf die Europawahlen vor und wissen, dass wir dafür diese Mittel haben, CERV, von der Europäischen Kommission freigegebene Mittel, die uns zur Verfügung stehen. Wir haben ein durchfinanziertes Projekt. Wir haben die Konzepte. Was uns fehlt, sind die Teilnehmenden und die Partner in ganz Europa, weil diese Projekte immer daraus bestehen, dass wir Menschen herbringen und dass wir selber rausgehen.

Wie suchen wir diese Partner? – Wir können auf unsere Karteikarten zurückgreifen, wenn es die Telefonnummern noch gibt, oder wir suchen neu, oder – und das ist der Ansatz, der für uns am sinnvollsten ist – wir fragen die Europabeauftragten der Bezirke oder die Bezirksämter: Sagt mal, was gibt es denn für Städtepartnerschaften bei euch, von denen ihr glaubt, dass die an einem solchen Projekt interessiert sein könnten? – Es gibt auch tote Städtepartnerschaften, das ist mir auch bewusst. Es gibt aber auch solche, die entweder sehr lebendig sind oder solche, bei denen man sagt: Da lohnt es sich, mal wieder zu investieren. – Dann kommen wir mit dem Koffer nicht nur konkreter Ideen, sondern auch mit der Finanzierung und der Manpower und sagen: Ihr braucht euch gar nicht kümmern. Gebt uns nur die Telefonnummer, die E-Mailadresse und den Kontakt, und wir sind dann in der Partnergemeinde eines Berliner Bezirks zum Beispiel – die Bezirke haben da, glaube ich, noch mehr Bedarf – unterwegs und können sie unterstützen. Das ist für uns, wenn wir über Berlinbezug und Berlindienlichkeit nachdenken, der Weg, wie wir diese Mittel einsetzen wollen, weil es für uns sonst keine Rolle spielen würde, wie wir unsere Partner suchen.

Sie hatten die Europabrücke Berlin angesprochen: Das ist ein aktueller Antrag, den wir bei der Lottostiftung gestellt haben. Mir ist bewusst, dass alles, was ich jetzt vorgestellt habe, auch nur die Spitze des Eisbergs ist und dass das alles sehr bunt ist. Mit dem Projekt Europabrücke Berlin wollen wir die Sachen zusammenführen. Meiner Erfahrung nach – wir mussten uns in der Pandemie neu erfinden, die Frage kam ja auch – sind wir in viele Richtungen losmarschiert und müssen jetzt gucken, und in der Phase befinden wir uns gerade strategisch: Wie bekommen wir jetzt wieder ein Raster drauf, und wie können wir die Sachen vernünftig kommunizieren? – Wir müssen klarmachen, wenn man von außen auf die Europäische Akademie schaut: Was machen die eigentlich? Wie kann ich mich beteiligen? Wo finde ich mich selber wieder? – Das Potenzial dafür bietet die Europabrücke Berlin, die alles das, was Sie

auch erwähnt hatten, die geographische Lage Berlins, aber auch die Geschichte Berlins und die Potenziale Berlins, einsetzt, um über die Zukunft von Städten, nicht nur in Europa, sondern auf der ganzen Welt – zu der Frage komme ich gleich auch noch – zu entscheiden. Darum wird es sehr stark gehen.

Sie hatten auch China erwähnt, Frau Kühnemann-Grunow. Wir beschäftigen uns bei Weitem nicht nur mit der Europäischen Union. Wir beschäftigen uns auch nicht nur mit dem geographischen oder ideellen Europa, sondern sind darüber hinaus daran interessiert, dieses Konzept der Völkerverständigung sehr viel weiter zu denken. Gerade China ist, das brauche ich niemandem zu erklären, für die Weiterentwicklung und Zukunft Europas elementar, genauso wie es die Vereinigten Staaten sind. Wir haben deswegen schon seit einigen Jahren unsere Projektmanagementkompetenz als Geschäftsstelle des Deutsch-Chinesischen Dialogforums eingesetzt. Das heißt, wir sind für das Auswärtige Amt die Organisationsplattform, die die deutsche Zivilgesellschaft mit dem chinesischen Pendant zusammenbringt. Das Konzept der Zivilgesellschaft ist in China ein anderes. Es sind meistens ehemalige Professorinnen und Professoren, die sich engagieren, aber auch ehemalige Politikerinnen und Politiker, die wir dann auf Delegationsreisen zusammenbringen, wo wir auch sagen: Wie kann so eine Veranstaltung auch im Roten Rathaus stattfinden? Wie können wir den Senat einbinden? Wie können wir auch mit chinesischen Partnern über das Thema Metropolen in Europa sprechen? – Der Termin im Dezember ist schon gesetzt, an dem das nächste Mal dann eine kleinere Delegation von Europafachleuten aus China kommen wird und uns besucht. Wir hatten letzte Woche einen Professor, einen Deutschland-Kenner, einen Germanisten aus Shanghai hier, der sich gestern mit Robert Menasse getroffen hat und der vorletzte Woche gemeinsam mit uns an Diskussionsveranstaltungen teilgenommen hat, um zu zeigen: Wie blickt China auf Europa? Wie blickt China auf die Entwicklung in Europa? – Das sind unheimlich interessante Gespräche und Gelegenheiten, um den Kontakt aufrecht zu erhalten, denn der größte Feind in all den Szenarien, die wir uns für die Zukunft ausmalen, ist sicher nicht China oder ein Land, das wir schwarz-weiß sehen, sondern die größte Gefahr ist aus unserer Perspektive eine sich verhärtende Bipolarität, bei der Menschen überhaupt nicht mehr miteinander sprechen können. Bei uns geht es nicht um Dual-Use-Technology. Das ist hier keine Halbleiterindustrie, sondern wir reden oft über Kunst und Kultur, über Germanistik, über Literatur, und diese Gesprächsräume – daran ist uns gelegen – müssen wir aufrechterhalten, um für die Zukunft Ansprechpartner zu haben.

Der nächste Punkt war der Internationale Tag der Demokratie. Das ist etwas, was uns sehr am Herzen liegt und wozu wir am 15. September 2023 auf Einladung der Präsidentin des Abgeordnetenhauses eine fast ganztägige Veranstaltungsreihe im Abgeordnetenhaus durchführen werden, um einen internationalen Blick auf Demokratie zu werfen. Zum 60. Geburtstag der Europäischen Akademie macht das viel Sinn, weil unser Gründungsvater Otto Friedrich Bach gewesen ist. Ich habe ja über Kennedy gesprochen; Bach stand mit auf dem Balkon, hat die Arme ausgebreitet, und Kennedy und Willy Brandt und Adenauer standen alle um ihn herum. Otto Bach hat dieses Haus, diesen Verein mitgegründet, was auch eine enge Verbundenheit von uns mit dem Abgeordnetenhaus bedeutet, bis heute. Wir werden an dem Tag nicht nur im Plenum gemeinsam diskutieren, sondern auch mit Jugendlichen in vorgelagerten Workshops – das Projekt heißt Spotlight Young European Voices – Perspektiven erarbeiten, wie sich junge Menschen in Europa die Zukunft vorstellen, und das wird dann im Plenum eine Rolle spielen und diskutiert werden. Für uns ist das unser Zugang zur Demokratie, internationale Begegnungen und unsere Arbeit dementsprechend einzusetzen.

Herr Schatz! Sie haben auch nach den Mehrkosten und Herausforderungen durch den Umbau gefragt. – Die Lottostiftung Berlin finanziert unseren Ausbau und Umbau. Es geht in drei Dimensionen vor allem um den Brandschutz; das ist immer das Thema, das man von außen nicht so sehen kann und erkennt. Unser Dach muss komplett entkernt und von innen brand-schutztauglich gemacht werden. Dann haben wir die Erweiterung der Tagungsfläche. Das ist das sichtbarste Element der Veränderung. Die Barrierefreiheit wird in vielen Punkten eingreifen, um eine integriertere Version der EAB zu schaffen. Der ursprüngliche Entwurf der Architekten und die erste Kostenplanung stammen aus dem Jahr 2017. Das hat sich seitdem drastisch verteuert. Wir sind deswegen, nach der Zusage durch die Lottostiftung Berlin, auch schon mit der Lottostiftung Berlin und allen Beteiligten im Gespräch, wie wir die Mehrkosten, die wir jetzt gerade schätzen lassen – die Planer sind alle durch – stemmen können. Es gibt Signale von der Lottostiftung, dass man die Förderung aufstocken kann. Wir denken als 60 Jahre alte Einrichtung darüber nach, vielleicht in irgendeiner Form ein zinsloses Darlehen in Anspruch zu nehmen. Dazu finden die Gespräche aber erst demnächst statt, wenn wir genau wissen, über welche Kosten wir sprechen.

Die Einbußen, die wir haben – auch da sind wir gerade im Prozess, sie zu beziffern – werden dazu führen, dass wir einsparen müssen. Unsere Ausgaben sind Personalkosten. Wir haben kaum andere Kosten außer Personalkosten. Das Grundstück und das Gebäude gehören uns. Wir bezahlen hier keine Miete. Wir zahlen an externe Referenten. Wir bezahlen Lebensmittel. Die Wasserflaschen, die vor Ihnen auf dem Tisch stehen, sind jetzt 30 Prozent teurer als vor der Pandemie. Das sind alles Dinge, die uns beschäftigen, und wir können tatsächlich nur beim Personal sparen. Wir sind orientiert am Tarifabschluss des Landes Berlin, am TV-L, aber erreichen ihn nicht. Das heißt: Bei uns sind Jahressonderzahlungen jedes Jahr ein Puffer, um unsere Ausgaben dementsprechend zu reduzieren, wenn unsere Einnahmeziele das nicht erreichen, was wir uns am Anfang des Jahres vorgenommen haben. Wir haben sonst kein Sparpotenzial und sind permanent dabei, Fundraising zu betreiben.

Das bedeutet aber auch, wenn wir über den nächsten Doppelhaushalt sprechen – und da passt dieser Termin zeitlich sehr gut –, dass wir uns eine Erhöhung der institutionellen Förderung wünschen, die vor allem – das hat Herr Hauer auch schon angesprochen – temporäre Ausfälle einerseits ertragbar machen wird, die andererseits aber auch bedeutet, dass wir mehr Projekte akquirieren können. Jeder Euro, der dazu kommt, führt dazu, dass wir weitere 5 Euro in unseren Projekten akquirieren, die dann auch für die Konzepte des Senats, für die Konzepte unserer Partner eingesetzt werden und ausgegeben werden können. Das Konzept der Fehlbedarfsfinanzierung stellt sicher, dass niemand – bei einem gemeinnützigen Verein sowieso – mit diesem Geld in irgendeiner Form abhauen kann oder es sich in seine eigene Tasche steckt. Wenn wir am Ende des Jahres zu viel haben, wird es in diesem Format der Fehlbedarfsfinanzierung zurückgezahlt. Das ganz konkret zum Thema Haushalt und den Mehrkosten.

Herr Dr. Bronson! Sie haben nach der Konferenz zur Zukunft Europas gefragt. Da teile ich die Ansicht der SWP, dass es aus akademischer Perspektive kein gelungenes Experiment gewesen ist. Die Gründe dafür sind sehr vielfältig. Ursprünglich war diese Konferenz zur Zukunft Europas auf zwei Jahre angelegt. Dann hat die Pandemie begonnen und dafür gesorgt, dass man diesen Prozess erst mal drei Stufen herunterfahren musste, was die Sichtbarkeit betrifft, und dass man alles, was man sich für zwei Jahre vorgenommen hatte, innerhalb eines Jahres durchführen musste, was die Menschen an ihren Kalendern physikalisch vor die Frage gestellt hat: Wie wollen wir das eigentlich schaffen? – Bürgerbeteiligung sollte am Wochen-

ende stattfinden; es gab aber nicht genügend Wochenenden, um das alles zu organisieren. Es gab also sehr praktische Probleme, die damit einhergehen.

Jetzt zum positiven Aspekt. Unsere Aufgabe – ich habe es erwähnt, bei den Special Olympics und bei all den großformatigen Ereignissen, die nicht nur in Berlin, sondern in Europa stattfinden –, ist es, zu gucken: Was beschäftigt Menschen? – Die Europawahlen sind jetzt ein Thema. – Herr Schatz! Es ist völlig richtig, alle fünf Jahre fällt uns das auf: Oh, es ist wieder soweit! – Aber insbesondere so ein Beteiligungsprozess, der über die ganze Europäische Union gestartet wird, hat bei uns natürlich Hoffnungen und auch den Wunsch nach Mitarbeit geweckt, um das Momentum zu nutzen. Wir gehen dann huckepack. Wir sind eine sehr kleine Einrichtung und stellen uns vor: Wie können wir diesen Prozess und diese Aufmerksamkeit nutzen, um das in Berlin nicht nur vorzustellen und zu multiplizieren, sondern auch neue Partnerschaften zu gewinnen oder Unterstützung zu generieren für diese Idee? – Es war deswegen in vielerlei Hinsicht auch nicht so unerfolgreich, wie man es manchmal gern darstellt. Was die digitale Beteiligung angeht, waren die Zahlen enttäuschend. Trotzdem war es ein Versuch. Wenn uns in Europa etwas fehlt, dann ist es nicht, dass wir zu viel versuchen, sondern es gibt zu wenig Versuche, Aufmerksamkeit für Europa zu schaffen.

Die Aufmerksamkeit liegt weit hinter der, die der Deutsche Bundestag genießt. Was uns an Politik begegnet, begegnet uns nicht auf der europäischen Ebene, und das hat auch dazu geführt – das wäre meine Analyse –, dass die Nationalstaaten – das lässt sich im Europäischen Rat gut nachzeichnen – diese Konferenz zur Zukunft Europas nicht aktiv unterstützt haben. Ich will jetzt gar nicht davon reden, dass sie das Projekt behindert hätten und eine Verschwörungserzählung aufmachen, aber der Elan musste in vielerlei Hinsicht von bürgerschaftlichem Engagement getragen werden. Das haben wir versucht zu unterstützen, und wir waren damit in Berlin meiner Meinung nach erfolgreich. Deswegen ist es eine differenzierte Analyse: Wir haben ein Berliner Netzwerk mitaufbereiten und mitstarten können, das sich bis heute mit der Zukunft Europas auseinandersetzt. Deswegen war das aus unserer Perspektive ein Erfolg. Aus globaler Perspektive ist es das nicht gewesen, und die Gründe dafür sind sehr vielfältig.

Shabakat – es tut mir leid, ich weiß, die Sätze sind sehr lang, aber das Wortprotokoll wird vieles auflösen – ist ein arabisches Wort. Shabaka ist „das Netzwerk“ und Shabakat sind „die Netzwerke“. Dieses Projekt, das Sie erwähnt haben, fokussiert Städte aus dem Maghreb, also in Staaten, von denen einige ja auch schon mal Anträge auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union gestellt haben. Sie haben auch eine europäische Vergangenheit, sind also, was die politische Philosophie angeht, gar nicht so weit weg von Europa. Sie sind unsere unmittelbaren Nachbarn. Das konkrete Projekt, das Sie erwähnt haben, läuft bei uns seit mittlerweile fast zehn Jahren. Es resultiert aus unseren Bemühungen im Capacity Building – ich komme gleich noch mal darauf zu sprechen, wenn wir über die Ukraine reden –, als wir nach dem Arabischen Frühling angefragt wurden, auch wieder vom Auswärtigen Amt, von den deutschen Auslandsvertretungen: Könnt ihr einen Prozess unterstützen, bei dem wir Städteplanerinnen und Städteplaner aus der ganzen Welt mit Engagierten aus Tunis, aus Casablanca, aus all den Städten, die sich gerade entwickeln, zusammenbringen? – und die Partizipation auf neue Beine stellen wollten.

In dem Punkt sind wir weniger inhaltlicher Treiber als vielmehr auch wieder Plattform. Wir haben das digital gemacht: Wir haben im Auftrag der GEZ – auch ein wichtiger Auftraggeber für uns – diesen Prozess mit Iversity und anderen Digitalplattformen unterstützt, weil wir davon überzeugt sind, dass Europa auf der Landkarte sehr klar abgrenzbar ist, aber nicht an den Küsten des Mittelmeers endet. All unsere Probleme, die wir auch in Zukunft haben werden, werden sehr viel damit zu tun haben, wie wir uns genau in diesen Randregionen engagieren, die da vor uns liegen.

Herr Häntsch! Sie haben die Ukraine und das Format Skrynya angesprochen. Skrynya wiederum ist ukrainisch und heißt „kleine Schatztruhe, Schatzkästchen“. Es beschreibt diesen Mode-, Design- und Kunstmarkt, der da stattfindet, den wir organisieren beziehungsweise den die Communitys aus der Ukraine, die ich ja auch beschrieben habe, eigentlich selbstständig organisieren. Wir bieten nur die Plattform, haben das Fundraising unterstützt und die Partner zusammengebracht. Diese persönlichen Treffen münden auch in Lehrmaterialien. Das ist generell ein strategischer Punkt bei uns: Wie können wir unsere Projekte verstetigen und nachhaltig nutzbar machen? – Bei so einer Projektvielfalt ist der Schmerz sehr groß, wenn wir Projekte beenden und wissen, sie landen jetzt in einer Schublade oder in einem digitalen Ordner, der bei uns auch immer „alt“ heißt; da guckt auch nie jemand rein, glaube ich. Das führt bei uns dazu, dass wir versuchen, 10 bis 20 Prozent der Projektmittel oder auch des Einsatzes in diesen Projekten in die Erstellung von Lehrkräftematerialien münden zu lassen. Genau das machen wir auch.

Frau Dr. Kahlefeld, ich glaube, Ihre Frage ging auch in die Richtung. Wenn es darum geht, wie wir die ukrainische Community oder Menschen aus der Ukraine hier auch an den Schulen einbinden können, haben wir Lehrmaterialien und Konzepte für Neunzigminüter erstellt. Ganz konkret heißt dieses Projekt „Freistunde Ukraine“. Jetzt kennen Sie wahrscheinlich alle die Situation an Schulen. Meine Frau ist auch Lehrerin; die sitzt dann sonntags auf der Couch und überlegt, wie sie Dienstag die Vertretungsstunde organisieren kann, die sie bekommen hat, weil zum Beispiel eine Kollegin krank ist. Die kann sich dann dieses didaktische Material für 90 Minuten, für Lehrkräfte vorbereitet, bei uns herunterladen und einsetzen, um über die Situation geflüchteter Menschen zu sprechen und um – je nachdem, in welchem Jahrgang man gerade unterwegs ist – auch binnendifferenziert einen Zugang dazu zu finden. Das ist für uns eine Lösung, die es erlaubt, die Inhalte und Resultate aus Projekten, spezifischen Ukraine-Projekten in diesem Fall, noch zwei, drei, vielleicht vier Jahre vorzuhalten und nachhaltiger nutzbar zu machen. Das heißt, diese Lehrmaterialien findet man dann bei uns.

Es wird, was die Ukraine betrifft, eine erneute Ausgabe des Café Kiew geben. Sie haben es mitbekommen: In diesem Jahr im Februar ist das Café Moskau temporär, für vier Tage, in Café Kiew umbenannt worden. Im nächsten Februar wird das Gleiche wieder stattfinden, und das gibt auch uns die Möglichkeit zu zeigen, wie sich die Stadtgesellschaft, die Zivilgesellschaft, für die Themen der Menschen in der Ukraine engagiert. Es wird diese Städtepartnerschaft geben. Ich weiß, dass Vitali Klitschko plant, auch da zu sein. Wahrscheinlich wird man dann die Städtepartnerschaft in irgendeiner Form auch offiziell begehen können. Wir haben im nächsten Jahr nicht nur Europawahlen, sondern auch 10 Jahre Euromaidan; die Proteste von 2014 jähren sich nächstes Jahr also zum zehnten Mal. Das war damals für uns auch ein Anlass für ein großes Capacity-Building-Programm für die Ukraine, das hier im Haus gelaufen ist.

Die Verbindungen zur Ukraine sind sowieso sehr eng. Mein Vorgänger als Direktor hat einen Ehrendoktor der Universität Kiew. Diese Beziehungen gab es also lange, und von denen können wir jetzt immer noch profitieren. Wenn wir über die Städtepartnerschaft mit Kiew sprechen: Wir haben bereits letzte Woche die Kulturabteilung aus der Stadt hier bei uns im Raum gehabt, die darüber gesprochen hat, wie wir in Zukunft auch auf einer nichtpolitischen Ebene miteinander kooperieren können.

Herr Meyer hat über den Fachkräftemangel gesprochen. Das habe ich eben schon ein bisschen erwähnt. Es geht darum, den Menschen zu zeigen: Wie kann eine berufliche Zukunft aussehen? – außerhalb des Akademischen; das ist, glaube ich, nicht die Zielgruppe, die wir adressieren müssen. Diejenigen, deren Eltern schon Erasmus+ gemacht haben oder die Interrail gefahren sind, wissen, wie es geht; die kriegen das auch von den Eltern mit. Gleichzeitig wissen Sie auch, wie schwer es ist, diejenigen zu erreichen, deren Eltern das nicht selbst gemacht haben. Das ist für uns also eine große Herausforderung und mündet in viele Outreachformate und Outreachprojekte, bei denen wir nicht erwarten, dass die Leute in den Grunewald kommen, auch wenn sie es hier schön finden, sondern bei denen wir dann vor das Fußballstadion, vor das Kino gehen und Leute aktiv ansprechen und versuchen, sie für unsere Angebote zu gewinnen.

Es gibt sehr konkrete Angebote, mit denen wir uns an Menschen richten, die kurz vor Abschluss der Schule sind und noch nicht wissen, was danach kommt. Wir zeigen, wie man ein Gap Year in Europa gestalten kann, wie man in Europa Ausbildungen auch in verschiedenen Zeiten gestalten kann. Da sind die Arbeitgeber oft der wichtigere Ansprechpartner, denn natürlich lässt ein kleiner Handwerker, wenn er mal jemanden findet, den nicht für ein halbes Jahr nach Lissabon. Das verstehen wir auch. Aber in dieser Gemengelage sind wir unterwegs, um Antworten zu suchen. – Ich habe keine, aber das ist für uns ein wichtiges Anliegen, weil wir zusammen mit dem Bundespresseamt in EU-Camps – einmal hier vor Ort, aber auch an Schulen – nicht nur für die Europawahlen werben, sondern auch Multiplikatoren ausbilden, die dann wiederum an der Schule über Europa sprechen können und dort auch thematisieren: Wie sehen Zeitfenster während der Ausbildung im Ausland aus?

Damit wollte ich eigentlich herüberbringen, dass wir uns einmal ganz neu erfunden haben, dann zwischendurch noch einmal und jetzt gerade dabei sind, uns neu zu entdecken und auch unsere Schwerpunkte anders zu setzen. Natürlich war unsere Arbeit in den Neunzigerjahren und danach von einem großen Europaenthusiasmus und einer permanenten Erweiterungserzählung getragen, die wir uns gegeben haben, die aber abrupt geendet hat mit dem Brexit und der Wahl von Donald Trump, Boris Johnson, Bolsonaro und wie sie alle heißen, und uns vor die Frage gestellt hat: Wie ist unsere innere Verfasstheit, nicht nur in Berlin und Deutschland, sondern in Europa? Wie können wir Partizipation, die Legitimation von Wahlen, von Demokratie sehr viel stärker besprechen? – So sind wir längst davon abgekommen, reine Länderkunde zu machen. Die Akkumulation von Wissen ist immer noch wichtig in der politischen Bildung, aber uns geht es sehr viel stärker darum, Wege aufzuzeigen, wie man sich aktiv beteiligen kann, und auch aufzuzeigen, wie Macht funktioniert, Haushaltsdebatten, wo die Gelder ausgegeben werden und wo nicht. Das wäre genau der Ansatz für uns. Im Seminar nächste Woche reden wir über die Frage: Wo geht das Geld hin? Wie oft kann man 1 Euro ausgeben? – und all diese Euphemismen, die da mit im Raum stehen. Das ist genau die Neuerfindung, in der wir uns gerade befinden. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen, aber inhaltlich richten wir uns gerade neu aus.

Frau Kahlefeld! Sie hatten erwähnt, dass es nicht der erste Krieg in Europa ist, den wir erleben. Sie hatten die Jugoslawien-Kriege erwähnt und dass wir dieses Nachdenken über Europa auch inhaltlich begleiten. Allerdings weniger mit einem eigenen Impetus: Es gibt natürlich auch Vorstellungen von uns, wie Europa aussehen kann; die sind im Team sehr divers. Unsere Arbeit ist immer getragen von denen, die inhaltlich verantwortlich sind. Das sind bei uns die Studienleiterinnen und Studienleiter, die eigene Schwerpunkte mitbringen. Das bleibt nicht aus. Wenn wir in den letzten sechs Jahren einen großen Tschechienschwerpunkt hatten, dann lag das auch an persönlichen Interessen und Kompetenzen von Kolleginnen, die in dem Feld aktiv sind. Aber insgesamt bieten wir ein Drehkreuz für europäische Themen. Das spannendste Projekt, das ich mir in dem Kontext vorstellen könnte, wäre, wenn unser Dachverband – es gibt eine Gesellschaft der Europäischen Akademien, Europahäuser und Akademien, die ähnliche Einrichtungen wie uns versammelt – schauen würde: Wie sehen die Jahrespläne aus, und was für Seminare haben stattgefunden? – Das könnte man von einer künstlichen Intelligenz, weil es dann, glaube ich, sehr viel ist, analysieren lassen und gucken als Sensorium – einmal gibt es Ursula von der Leyen, die sich ganz oben über Themen unterhält –: Was wird in der politischen Bildung, in der internationalen Jugendbegegnung an Themen besprochen?

Wenn man da allein die Überschriften analysieren würde, würde man sehen, was thematisch funktioniert, denn – das haben wir noch gar nicht besprochen – wir sind ein Haus der nonformalen politischen Bildung und nicht der formalen politischen Bildung. Das heißt, bei uns geht es um den Pullfaktor. Wir müssen, wenn wir Erfolg messen wollen, Menschen dafür begeistern, hierher zu kommen. Wir können sie nicht zwingen. Es ist nicht wie in der Schule, wo ich sagen kann: Du hast gefehlt. Mach dich auf Konsequenzen gefasst! –, sondern wir müssen so attraktiv sein, dass die Leute aktiv hierherkommen. Das machen wir, indem wir Themen oder Perspektiven auf Themen finden, die Europa besprechen, und dann merkt man in der Abgrenzung auch sehr schnell, was vielleicht nicht funktioniert. „Konferenz zur Zukunft Europas“ ist auch ein schrecklicher Begriff. „Konferenz“ und „Europa“, „Zukunft“ ist auch immer schwierig. Jetzt habe ich selber einen Anzug an, aber man denkt bei „Konferenz“ immer an Männer, die zusammensitzen und das irgendwie besprechen. – Was ich sagen wollte, ist: Wenn wir analysieren möchten, was funktioniert und was nicht, dann wären Einrichtungen wie unsere in der politischen Bildung und der Jugendarbeit perfekte Partner, um zu schauen: Welche Themenkomplexe, welche Zugänge interessieren die Menschen wirklich? – Das müsste man analysieren, und das wäre so eine Art Barometer für Europa.

Der letzte Punkt, den ich ansprechen will – ich glaube, danach kam keine Frage mehr – ist die Frage nach Formaten und Möglichkeiten, über die Europawahl zu sprechen, aber auch Kritikfähigkeit zu stärken. Auch vor der Europawahl bleibt das nicht aus. Wir sind nicht nur eine nonformale Einrichtung der politischen Bildung, sondern auch eine Einrichtung, die kritisches Denken vermitteln will. Das ist der nächste Punkt, der extrem schwer zu messen ist, denn: Wie misst man, ob jemand kritisch denkt, der aus einem Seminar geht? – Wenn ich jemandem beibringe, wie er Videos schneidet oder eine Homepage einrichtet, dann kann er hinterher in einer Bewertung ankreuzen: 10 von 10, habe viel gelernt, Dozentin war gut, hat mir Spaß gemacht, stimme ich voll überein, die Fertigkeiten kann ich später anwenden. – Aber kritisches Denken bedeutet, wenn ich hier ein Seminar gebe und jemand in der Ecke steht und sagt: Ich gehe nicht zur Europawahl, weil das Parlament nicht demokratisch ist. – und dann gute Gründe anführt, weil er sagt, andere Staaten als Deutschland sind weniger stark repräsentiert, dann ist es eine Debatte, die wir begünstigen wollen. Es geht bei uns also darum, dass man fakten-

basiert kritisches Denken entfaltet. Und da den Erfolg zu messen – ich habe noch kein Konzept gefunden, wie man das machen kann. Das zeigt die Schwierigkeit, vor der wir stehen.

Deswegen: Wenn wir Erfolg messen, dann schauen wir einmal, Herr Schatz, ob wir überleben. Das ist für uns wichtig. Wir haben tatsächlich ein Konzept, bei dem wir messen: Wie viele Weihnachtskarten kriegen wir jedes Jahr? – Wenn Sie also zum Erfolg der EAB beitragen wollen, kennen Sie jetzt die Adresse. – Wie misst man die Stabilität von Netzwerken? Wir suchen uns Punkte und versuchen, mit neuen Ideen zu messen, wie unser Erfolg aussieht, aber es ist in erster Linie: Können wir unsere Gehälter bezahlen? – und in zweiter Linie: Kommen die Menschen zu uns, zu unseren Formaten, und finden sie die interessant? – Sonst kommen sie beim nächsten Mal nicht mehr zurück. – Vielleicht mache ich da nach langen Ausführungen erst mal einen Punkt. Vielen Dank fürs Zuhören!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Es war schon lang, aber es war alles sehr informativ. Jetzt geben wir das Wort dem Staatssekretär, weil auch Fragen an ihn gestellt wurden. – Bitte schön!

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Dr. Johann! Um den letzten Punkt aufzugreifen: Ich persönlich bin überhaupt kein Fan von Weihnachtskarten; weder schreibe ich sie gerne, noch bekomme ich sie gerne. Falls Sie also keine bekommen, nehmen Sie es nicht persönlich! Es ist kein Ausdruck von Geringschätzung. – Nur ein kleiner Spaß am Rande!

Ich habe mir im Wesentlichen folgende Fragen aufgeschrieben: einmal die Fragen von Herrn Dr. Bronson zur Konferenz zur Zukunft Europas und zur Städtepartnerschaft mit Moskau und darüber hinaus von verschiedenen Fraktionen, insbesondere von SPD und CDU, zur geplanten Städtepartnerschaft mit Kiew. Falls ich bei den anderen Fraktionen jetzt irgendwas vergessen habe, bitte ein kurzer Hinweis! Dann ergänze ich das gerne. – Ich fange in der Reihenfolge der Fragen mal mit Herrn Dr. Bronson an.

Zur Konferenz zur Zukunft Europas hat Herr Dr. Johann eben schon einiges gesagt und auch ein sehr differenziertes und ehrliches Bild gezeichnet, finde ich. Das könnte ich jetzt so stehenlassen. Nichtsdestotrotz will ich doch kurz darauf eingehen, weil Sie ja auch erst kürzlich eine Schriftliche Anfrage gestellt haben, die wir bereits beantwortet haben. Deswegen war ich überrascht, dass Sie die Frage heute noch einmal gestellt haben. Zur besagten SWP-Studie, die Sie vorhin zitiert haben, haben wir Ihnen als Senat gesagt, dass wir solche Studien von unabhängigen wissenschaftlichen Institutionen grundsätzlich nicht kommentieren. Darauf will ich an der Stelle noch einmal für das Protokoll verweisen. Das Zweite in dem Zusammenhang ist – und auch das hatten wir in der Antwort auf Ihre Schriftliche Anfrage ausgeführt: Was diese Beteiligungsprozesse grundsätzlich angeht, haben wir auf eine Stellungnahme des Bundesrats verwiesen, die damals auch von Berlin mitgetragen wurde. Ich kann an der Stelle das wiederholen, was der Bundesrat damals dazu festgestellt hat:

Der Bundesrat hält fest, dass partizipative Verfahren und Prozesse wie die Konferenz zur Zukunft Europas die Verfahren der repräsentativen Demokratie nicht ersetzen, sondern nur punktuell ergänzen können. Vor diesem Hintergrund bekräftigt er seine Einschätzung, dass der große politische Mehrwert der Zukunftskonferenz darin liegt,

den EU-Bürgerinnen und -Bürgern die Möglichkeit verschafft zu haben, sich aktiv in europapolitische Beteiligungsprozesse einbringen zu können.

– et cetera. Dem habe ich nichts hinzuzufügen. Das ist unsere Position dazu. Ich hoffe, Ihre Frage damit dann jetzt abschließend beantwortet zu haben.

Die zweite Frage bezog sich auf die Städtepartnerschaft mit Moskau. Ich bin, ehrlich gesagt, ein bisschen überrascht und sprachlos, wenn ich diese Fragen höre, weil ich dann am liebsten zurückfragen würde: Mit wem sollen wir in Moskau eigentlich noch zusammenarbeiten? – Soweit ich das überblicke, gibt es in Moskau gar keine Zivilgesellschaft mehr. Es ist ja nicht so, dass oben der böse Diktator sitzt und darunter dann die große Zivilgesellschaft, die mit all dem gar nichts zu tun haben will. Ich wage mal die Prognose, dass es in der Moskauer Stadtverwaltung und auch in der Moskauer Wirtschaft keine Menschen gibt, die noch an einer Kooperation mit dem Westen und Berlin interessiert wären. Deswegen bin ich überrascht über die Frage – aber andererseits bin ich es auch nicht, weil es Ihnen ja offenbar nicht um eine konstruktive Antwort geht, sondern Sie einfach nur mit Ihrer eigenen Agenda ein Thema platzieren wollen. Das ist Ihre Sache, das ist Ihr Verantwortungsbereich. Ich sage für den Senat, dass ich diese Diskussion total müßig finde, was Moskau angeht, weil zu Städtepartnerschaften immer mindestens zwei gehören. – Das dazu.

Dann zu den Fragen zu Kiew und zu dem Prozess, der jetzt ansteht: Es gibt auf der einen Seite die Städtepartnerschaftserklärung, die immer am Beginn einer Städtepartnerschaft steht. Die ist im Moment in der finalen Abstimmung mit Kiew. Ich gehe davon aus, dass sie in Kürze finalisiert und unterschriftsreif ist und es dann auch bald zum formellen Abschluss dieser Partnerschaftserklärung kommen wird – mehr dazu in Kürze. Der zweite Schritt ist die formelle Begründung der Städtepartnerschaft. In diesem zweiten Schritt geht es darum, dass man ein konkretes Partnerschaftsabkommen erarbeitet und im Rahmen dieses Partnerschaftsabkommens ganz konkrete Projekte definiert und vereinbart, in denen man praktisch und konkret zusammenarbeiten möchte. Da sind wir selbstverständlich noch ganz am Anfang. Da werden wir uns viele Gedanken machen, und da sind auch Sie als Abgeordnete herzlich eingeladen, sich aktiv zu beteiligen und mit Ideen einzubringen. Das können wir vielleicht auch hier an der Stelle zu einem späteren Zeitpunkt gemeinsam beraten. Da sind wir wirklich dankbar.

Ich glaube – und da spreche ich für den ganzen Senat, denke ich, und zumindest auch für vier Fraktionen hier im Saal –, dass diese Städtepartnerschaft ein ganz großes Potenzial für beide Seiten hat und unheimlich viele Chancen mit sich bringt. Ich bin davon überzeugt, dass die Zusammenarbeit mit der Ukraine im Allgemeinen, aber auch mit Kiew für die Zukunft für Berlin von großer strategischer Bedeutung ist und viele Chancen für uns bietet, insbesondere für die Zeit nach dem Krieg, die hoffentlich bald kommen wird, nicht erst in mehreren Jahren, sondern möglichst in wenigen Monaten. Aber der Schlüssel dafür liegt allein auf einer Seite, die wir nicht beeinflussen können. Auf der anderen Seite sehe ich auch Potenziale, was die Situation in Berlin angeht. Damit meine ich jetzt nicht nur die Flüchtlingssituation in Berlin, die ja einfach auch ein Faktum ist und noch einige Jahre andauern wird. Dass die Menschen im Moment teilweise einfach hier in Berlin leben, ohne dass sie wirklich eine Perspektive und Beschäftigung haben, ist auch deswegen bedauerlich, weil wir da viele junge engagierte Menschen haben, die sich – auf gut Deutsch gesagt – zu Tode langweilen.

Ich habe letztens gehört, dass es schwer ist, gerade die jungen Menschen in eine duale Ausbildung zu bekommen, weil sie einfach nicht die Sprachkompetenz haben. Die Menschen sind hier, die würden bestimmt alle super Handwerker oder würden gern einer sonstigen Arbeit nachgehen, aber sie können einfach nicht mit der Ausbildung beginnen, weil sie die Berufsschule in Berlin nicht schaffen würden. Wenn wir da Wege finden, diese Menschen zu beschäftigen – in ihrem und in unserem Interesse –, wäre das super, und ich glaube, da könnte uns die ukrainische Seite etwa in Form einer Städtepartnerschaft auch unterstützen.

Ich glaube, auch an anderer Stelle gäbe es etwas, was wir von der Ukraine oder von Kiew konkret lernen könnten. Es ist ja nicht so, dass wir in Berlin der Nabel der Welt wären und die ganze Welt auf uns guckt, wie man eine Stadt organisiert. Ich glaube, da können wir von anderen europäischen Hauptstädten sicherlich etwas lernen, auch für die Zukunft und im Bereich wirtschaftliche Beziehungen. Wenn der Tag kommt, an dem in der Ukraine der Wiederaufbauprozess beginnt, dann sehe ich – allein wegen der geografischen Nähe und weil die Gesellschaft sehr dynamisch ist und sicherlich dann auch ein großes wirtschaftliches Wachstum entfalten wird – im Bereich Kultur, vielleicht eines Tages auch im Bereich Tourismus, für Berlin unheimlich viele Potenziale und strategisch einen ganz großen Mehrwert, den wir gemeinsam heben sollten. Deswegen lade ich Sie alle herzlich ein, dass wir diese Städtepartnerschaft mit Leben füllen und gemeinsam zu einem Erfolg führen. – Das waren die Fragen, die ich mir notiert habe. Falls ich etwas vergessen habe, wäre ich für einen Hinweis dankbar, dann ergänze ich das. Ansonsten war es das von meiner Seite.

Vorsitzender Andreas Otto: Ich habe jetzt eine Wortmeldung von Herrn Dr. Bronson. Die würde ich noch machen, aber wir sollten uns ein bisschen kurz halten. Wir haben noch mehr zu besprechen, und wir haben auch noch einen weiteren Gast zu Tagesordnungspunkt 6, Herrn Kruse. Der möchte auch noch drankommen. Die eine Nachfrage lasse ich aber zu, und dann würden wir Punkt 4 abschließen. – Herr Dr. Bronson, bitte schön!

Dr. Hugh Bronson (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte nun doch etwas zu dem sagen, was der Herr Staatssekretär gerade geäußert hat. Wenn Sie davon überrascht sind, dass wir die Städtepartnerschaft ansprechen, dann ist das schon etwas naiv. Sie wissen doch gar nicht, wie die Duma reagieren würde, wenn man sie ansprechen würde. Das ist ja ein einseitiger Abbruch gewesen. Es gibt meines Wissens 84 Partnerschaften zwischen Städten und Kommunen in Deutschland und Russland, und gerade mal ein Drittel ist den Weg gegangen, den Berlin gegangen ist, und hat diese Verbindung abgebrochen. Das widerspricht auch den Empfehlungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, der ausdrücklich gesagt hat: Diese Verbindungen müssen wir offenhalten. – Um Dr. Johann zu zitieren: Wir wollen eben keine Situation schaffen, in der diese Gesprächsräume nicht offengehalten werden. Wir wollen keine bipolare Verhärtung der Grenzen zulassen. Von daher ist es doch eine Notwendigkeit, sich in diese Richtung zu bewegen.

Wenn Sie nicht wissen, wen in der Zivilgesellschaft Sie dort ansprechen sollen, dann sprechen Sie doch mal mit den kleineren Städten und Kommunen, die diese Verbindungen eben nicht abgebrochen haben, wie Sie das gemacht haben. Es geht hier nämlich darum, die Verständigung zwischen den Menschen aufrechtzuerhalten. Es geht nicht darum, dass die Honoratioren sich besuchen, zusammen essen gehen, und dann war es gut. Dann fährt man nach Hause, und ein paar Jahre später kommt der Gegenbesuch. – Im Laufe der Zeit haben sich auch sehr viele private Verbindungen gebildet. Das geht bis in die einzelnen Haushalte hinein.

Wenn man das abbricht und ein politisches Signal in diese Richtung sendet, dann schadet das nicht nur den jeweiligen Regierungen, sondern vor allen Dingen auch den Menschen, die dort leben. Es ist ja auch niemand auf die Idee gekommen, als die Amerikaner 20 Jahre in Afghanistan rumgewütet haben und dann nach Hause geflogen sind: Jetzt legen wir mal die Städtepartnerschaft mit Los Angeles auf Eis. –, denn eine Städtepartnerschaft mit Washington D.C. gibt es nicht. Das muss man schon in etwas größerem Kontext sehen und versuchen, diese Sache nicht gegen die Menschen voranzutreiben. – Danke schön!

Vorsitzender Andreas Otto: Eine Frage habe ich jetzt nicht gehört. Insofern müssten Sie jetzt auch nicht antworten. – [Staatssekretär Florian Hauer: Ein Satz!] – Ein Satz, bitte schön!

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl): Ein langer Satz! – Sie haben mich wieder überrascht, und mit dem Überraschen meine ich nicht, dass Sie bestimmte Positionen haben und bestimmte Fragen stellen, sondern mich überrascht immer der Weg, auf dem Sie dorthin kommen und warum Sie dort stehen, wo Sie stehen. Ich habe es gesagt: Zu einer Städtepartnerschaft gehören zwei. Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Was die persönlichen Beziehungen nach Moskau angeht: Ich lese regelmäßig, dass Ihre Partei sehr enge persönliche Beziehungen nach Russland hat, die können Sie von mir aus auch gerne weiter pflegen, aber ich sehe für den Senat da im Moment keine Anknüpfungspunkte, selbst wenn wir wollten. Was den Vergleich mit den USA angeht – das lasse ich einfach mal stehen, weil ich glaube, das ist selbstredend. Es verdient keine Antwort. Das wäre intellektuell für uns alle hier eine Zumutung.

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Wir schließen den Tagesordnungspunkt 4, und ich möchte mich abschließend noch einmal ganz herzlich bei Ihnen bedanken, Herr Dr. Johann, dass Sie uns hier auch als Anzuhörender zur Verfügung gestanden haben, aber insbesondere dafür, dass Sie uns heute hier gastfreundlich empfangen haben! Auch Dank an Ihr Team und an die Technik dafür, dass man das alles für eine Ausschusssitzung bereitgestellt hat. Herzlichen Dank! – Jetzt hat sich Herr Schatz gemeldet. Zu was? – [Zuruf] – Zur Tagesordnung! Ich würde jetzt eigentlich Punkt 5 aufrufen.

Carsten Schatz (LINKE): Richtig! Aber bevor Sie das machen, möchte ich einen Vorschlag machen, nämlich die Tagesordnungspunkte 5 und 6 miteinander zu verbinden, mit der Anhörung anzufangen, damit Herr Kruse, der hier die ganze Zeit geduldig gesessen und zugehört hat, auch was sagen kann, und unsere Fragen in der Anhörung mit der Auswertung zu verbinden. Das hat, glaube ich, thematisch miteinander zu tun, und wäre meines Erachtens auch ein zeiteffizientes Vorgehen.

Vorsitzender Andreas Otto: Wenn Sie sagen, das hat miteinander zu tun und ist eine kluge Idee, dann kann ich eigentlich nur den Ausschuss fragen, ob da jemand widerspricht. – Das sieht nicht so aus.

Dann rufe ich auf

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Ergebnisse der dritten Befragung von minor zu den
Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die
Situation von EU-Zugewanderten in Berlin**
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0066](#)
BuEuMe

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 14. März 2022

in Verbindung mit

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Sicherung der Rechte und Ansprüche von EU-
Bürger:innen in Berlin in Zeiten von
Fachkräftemangel und Ukrainekrieg: Arbeit der
BEMA
(Berliner Beratungszentrum für Migration und Gute
Arbeit)**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0081](#)
BuEuMe

Hierzu: Anhörung

Wir kommen zur Anhörung, nachdem die Punkte hier begründet worden sind. Das Verfahren ist dann so ähnlich wie vorhin. – Ich will Herrn Kruse ganz herzlich begrüßen. Sie sind die Geschäftsführung des Berliner Beratungszentrums für Migration und Gute Arbeit, abgekürzt BEMA. Herzlich willkommen!

Wir würden das vom Ablauf her jetzt so machen wie vorhin: Es gibt die Möglichkeit zur kurzen Begründung dieser beiden Besprechungspunkte für die Fraktionen, die sie eingereicht haben. Das ist bei TOP 5 die Fraktion Die Linke, und bei TOP 6 sind es Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion Die Linke. – Sie müssten jetzt klären, wer das begründen möchte. – Dann würden wir mit Ihnen beginnen. Sie könnten ein Eingangsstatement vortragen. Dann fragen wir den Senat, was er noch beitragen möchte, und dann machen wir wieder eine Frage- und Antwortrunde, die dann wieder bei Ihnen beziehungsweise beim Senat endet, wenn es auch Fragen an den Senat gibt.

Wir haben noch ungefähr eine Stunde Zeit. Das ist nicht wenig, aber auch nicht üppig. Ich bitte alle, das nachher bei der Fragerunde im Hinterkopf zu haben. Ich gehe davon aus, dass wir wiederum ein Wortprotokoll machen. Ist das einvernehmlich? – Ja, sieht so aus. – Wer möchte begründen? – Herr Schatz würde verzichten, Frau Dr. Kahlefeld würde auch verzichten. – Das heißt, wir würden Ihnen zu diesen beiden Punkten das Wort geben, Herr Kruse! Sie haben offensichtlich auch eine Präsentation dabei und könnten jetzt loslegen. Bitte schön!

Präsentation Bema

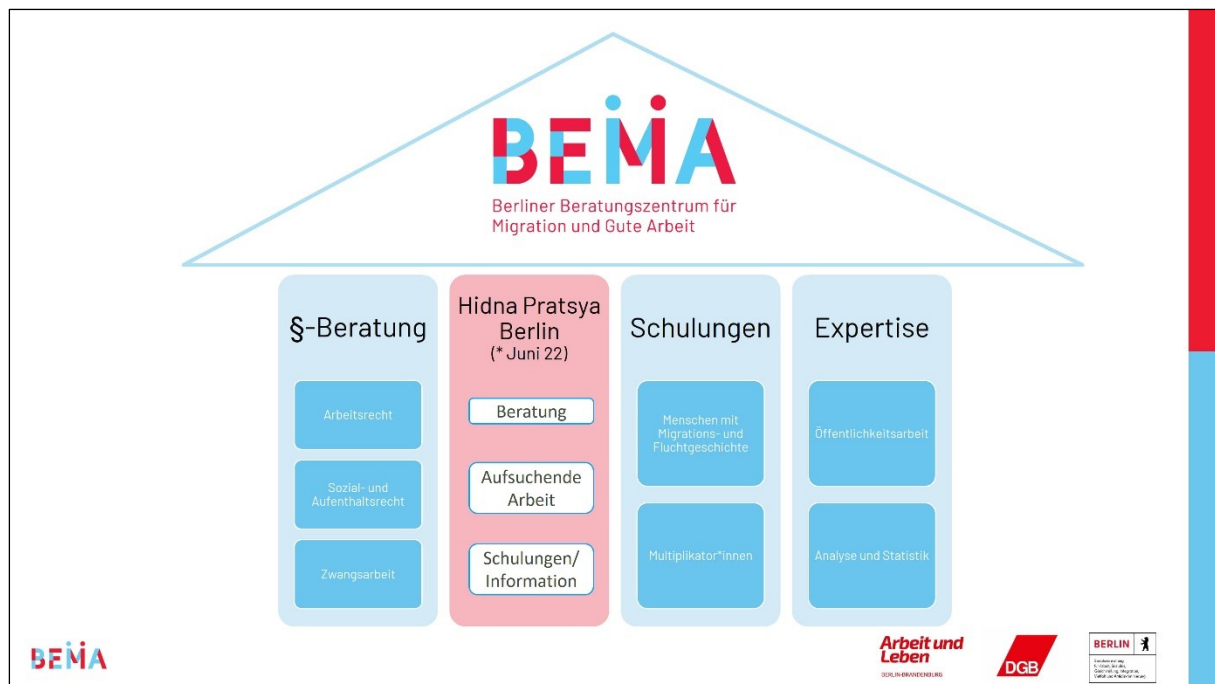
Ausschuss für Bundes- und

Europaangelegenheiten, 06.09.2023



Henning Kruse (Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg e. V.; Geschäftsführung): Vielen Dank für die Einladung! – Mein Name ist Henning Kruse. Ich bin nicht Geschäftsführer des Berliner Beratungszentrums für Migration und Gute Arbeit, sondern von Arbeit und Leben; das ist der Träger des Berliner Beratungszentrums, deswegen ist das wahrscheinlich ein bisschen durcheinandergelassen. Arbeit und Leben e. V. ist eine Bildungseinrichtung beziehungsweise ein Projektträger des Deutschen Gewerkschaftsbunds und der Berliner Volkshochschulen.

Guten Tag in die Runde von meiner Seite! Das hätte ich fast vergessen. Ich würde in meinem Eingangsstatement etwas über die Arbeit des BEMA erzählen und Ihnen auch ein paar Zahlen an die Hand geben.



Das Berliner Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit ist bei uns mittlerweile seit 2015 angesiedelt. Es wird vom Land Berlin über die SenASGIVA finanziert. Wir bieten Beratung zu arbeits- und sozialrechtlichen Themen und zum Thema Arbeitsausbeutung und Zwangsarbeit für Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund an. Wir sind gleichzeitig präventiv tätig; das heißt, wir sensibilisieren und informieren diese Zielgruppe auch über Schulungen, klären sie darüber auf, was ihre Arbeitsrechte sind, wie das Sozialsystem in Deutschland funktioniert, was Ansprüche sind et cetera.

Des Weiteren versuchen wir auch, das in der Beratung generierte Wissen in einen fachlichen Diskurs oder zurück in die Verwaltung zu transferieren. Erste Ansprechpartnerin ist bei uns natürlich immer die Verwaltung. Das Ganze machen wir seit Mitte letzten Jahres auch für die Ratsuchenden aus der Ukraine. Das Teilvorhaben haben wir Hidna Pratsya genannt, „Gute Arbeit für Menschen aus der Ukraine“.

The infographic is divided into two main sections. On the left, a word cloud lists 11 languages: Russisch, Polnisch, Türkisch, Deutsch, Arabisch, Französisch, Bulgarisch, Rumänisch, Englisch, Griechisch, Kurdisch, and Spanisch. On the right, six red rounded rectangular boxes list target groups: Freizügigkeitsberechtigte, Entsandte, Geflüchtete, Selbstständige mit unklarem Arbeitsstatus, Drittstaatsangehörige, and Undokumentierte. Each box is connected to a horizontal line that extends to the right. At the bottom left is the logo for BEMÄ. At the bottom right are logos for 'Arbeit und Leben BERLIN BRANDENBURG', 'DGB', and 'BERLIN' with a small icon.

Wir bieten die Beratungen und in Teilen auch die Schulungen aktuell in elf Sprachen an, wobei ich korrigieren muss: Ich glaube, Ukrainisch ist noch nicht dabei. Wir haben eine Beraterin bei uns, die Ukrainisch spricht, und eine, die Russisch spricht. Insgesamt sind es bei uns 13 Berater, größtenteils Muttersprachler in der jeweiligen Sprache, um ein entsprechendes Sprachniveau zu diesen komplizierten Themen wie Sozialrecht und Arbeitsrecht gewährleisten zu können.

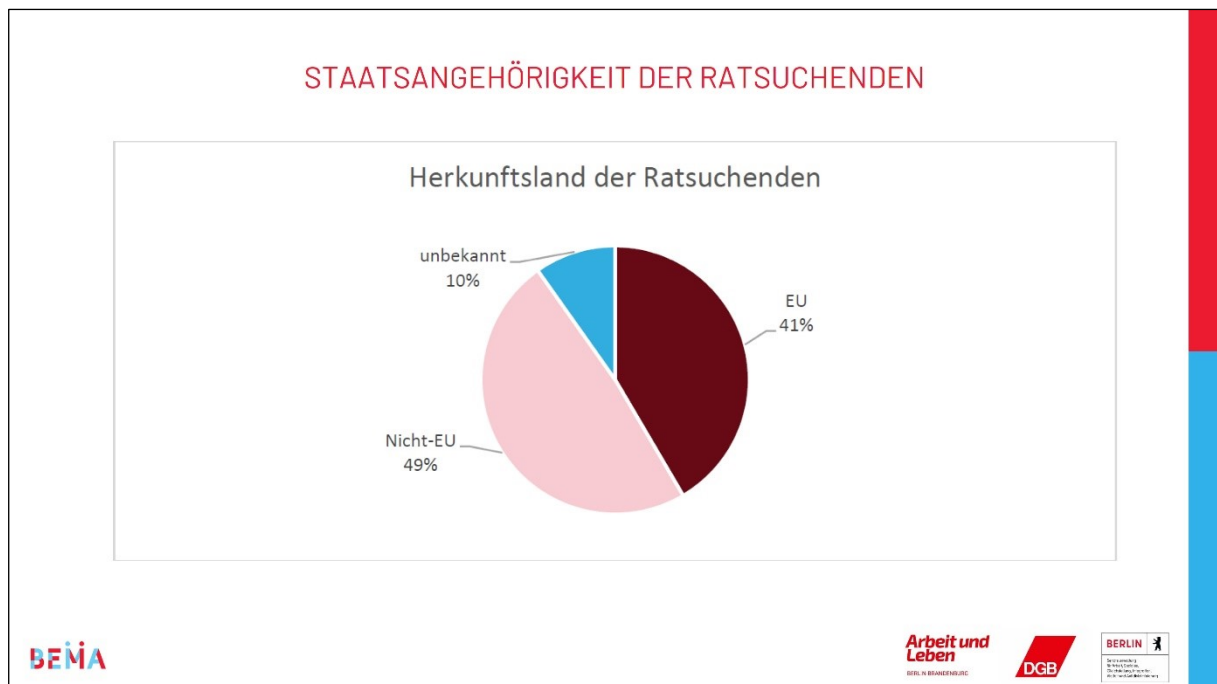
Zielgruppe des Beratungszentrums oder dieser Angebote sind Menschen aus der Europäischen Union und Menschen aus Drittstaaten inklusive Geflüchtete, also im Prinzip alle Menschen, die hier nach Berlin kommen, hier eine Arbeit suchen und einen entsprechenden Bedarf haben.

HÄUFIGSTE BERATUNGSTHEMEN	
arbeitsrechtlich	sozial- und aufenthaltsrechtlich
<ul style="list-style-type: none">• Arbeitsvertrag• Kündigung• Entgelt• Urlaub• Arbeitszeit• Arbeitsunfähigkeit• Krankengeld• Lohnbetrug• Selbstständigkeit• Lohnsteuer	<ul style="list-style-type: none">• Arbeitslosengeld II (seit 01.01.2023 sog. Bürgergeld)• Aufenthaltsstatus• Arbeitslosengeld I• Koordinierung der sozialen Systeme• Krankenversicherung• Arbeitserlaubnis• Wohnung (Obdachlosigkeit, WBS, drohende Wohnungslosigkeit, etc.)• Sozialversicherung• Anmeldung in Deutschland• Schwerbehinderung

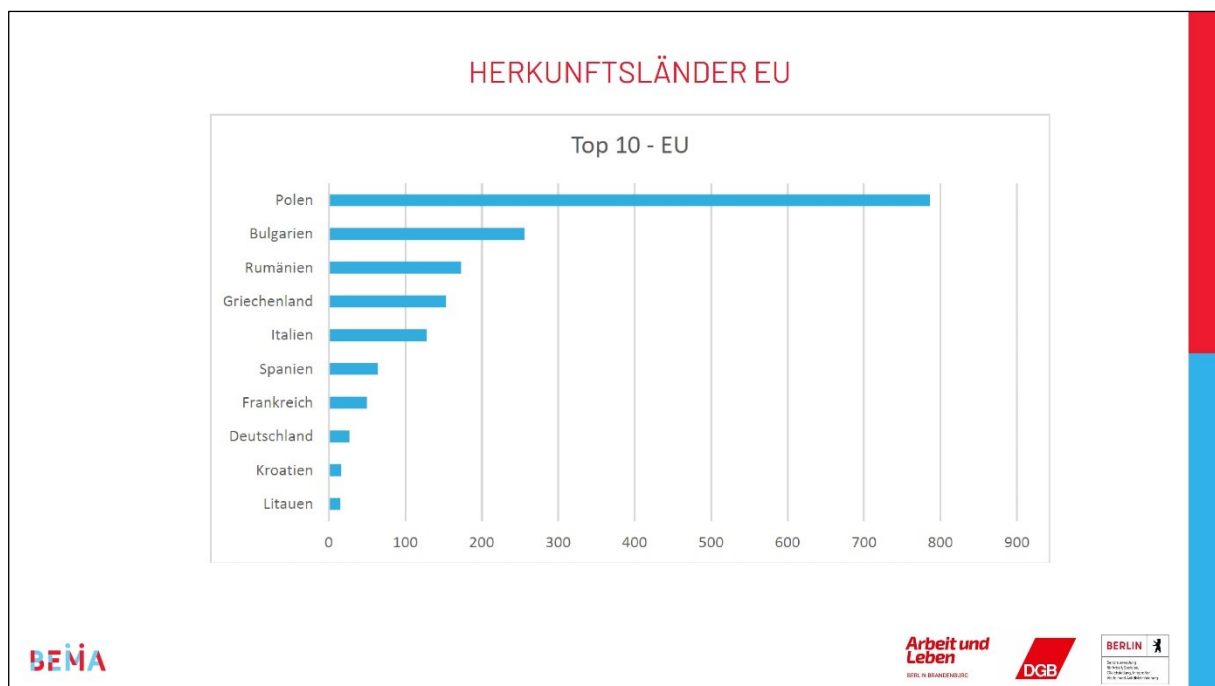


Klassische Beratungsthemen sind im Bereich Arbeitsrecht die Themen Arbeitsvertrag, Lohnzahlung, Urlaubsansprüche, Kündigung ist leider auch ein großes Thema, um nur ein paar Themen zu nennen. Im ganzen Bereich Sozialrecht ist es das Thema der Inanspruchnahme von Sozialleistungen, beispielsweise im Rahmen von Bürgergeld oder Arbeitslosengeld I.

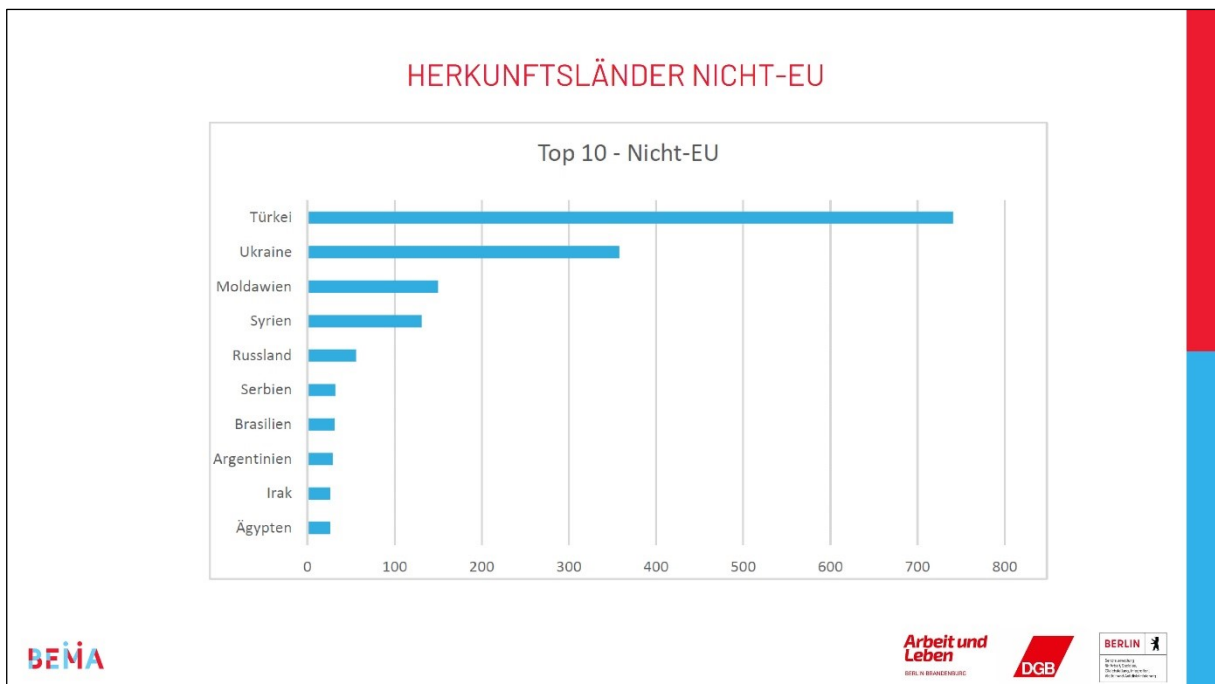
Das aufenthaltsrechtliche Thema ist eigentlich immer ein Huckepackthema, das an den anderen Themen mit dran ist – das ist, glaube ich, relativ klar –, weil die Situation des Ratsuchenden häufig auch aufenthaltsrechtlich beleuchtet werden muss, um überhaupt erst einmal abzuleiten: Was sind seine jeweiligen Ansprüche, und wo steht er?



Sie sehen an der Grafik: Diese Zielgruppe – einmal Menschen aus der Europäischen Union, einmal Menschen aus Drittstaaten – verteilt sich ungefähr knapp hälftig. Es gibt auch noch eine Gruppe, in der die Herkunft unbekannt ist, weil diese Auskunft, wo man herkommt, diese ganze Datenerhebung natürlich freiwillig ist. Deswegen haben wir hier einen gewissen Prozentsatz, bei dem die Herkunft unbekannt ist.



In den folgenden Grafiken haben wir das noch mal ein bisschen aufgeschlüsselt. Im Bereich der EU kommt der überwiegende Teil der Ratsuchenden aus Polen, gefolgt von Bulgarien, Rumänien, und dann folgen mit Abstand die anderen Länder, aber wir haben durchaus auch Ratsuchende, die aus Spanien oder Frankreich hierherkommen und hier arbeiten wollen.



Bei den Drittstaaten kommt der Großteil der Menschen, die wir beraten, aus der Türkei, und seit Sommer letzten Jahres – das ist eine Jahresstatistik aus dem Jahr 2022 – aus der Ukraine; und nachfolgend die anderen dort genannten Länder.

BERATUNGSZAHLEN

Entwicklung Beratungszahlen Bema				
	2019	2020	2021	2022
Gesamtzahl Beratungen	5028	6478	5556	5854
Gesamtzahl Ratsuchende	4698	4280	3725	4185



Hier sehen Sie die Beratungszahlen: Wir führen jährlich zwischen 5 000 und 6 000 Beratungen durch – von 2019 bis 2022 habe ich hier Zahlen abgebildet –; das ist relativ konstant. Wir hatten natürlich einen kleinen Einbruch im ersten Coronajahr. Das ist aber relativ schnell wieder hochgegangen, weil wir da unser Beratungsangebot von der Präsenzberatung auf eine Onlineberatung umgestellt haben, und seitdem ist die Nachfrage entsprechend. Zur Anzahl der Ratsuchenden: Es sind immer gut 4 000 Personen, die jährlich zu uns kommen. Es schwankt zwischen 4 100 und 4 400 – waren es, glaube ich, im letzten Jahr.

Für weitere Informationen:

www.bema.berlin

migration@berlin.arbeitundleben.de

Facebook: @BeratungBEMA
Twitter: @BEMA_Berlin



Das BEMA hat eine eigene Webseite, auf der Sie weitere Informationen finden. Die Webseite ist natürlich auch für die Ratsuchenden, damit die uns finden. Wir sind in verschiedenen sozialen Medien aktiv, um die Zielgruppe auf unsere Tätigkeiten und auf das Angebot aufmerksam zu machen. – Jetzt bin ich gespannt und beantworte gerne Ihre Fragen dazu.

Vorsitzender Andreas Otto: Herzlichen Dank für diesen Eingangsvortrag! – Dann kommen wir jetzt zur Fragerunde. Der Senat würde zunächst verzichten, aber wenn es Fragen an den Staatssekretär gibt, können die natürlich auch gestellt werden und werden dann beantwortet. Als Erstes hat sich Frau Dr. Kahlefeld von Bündnis 90/Die Grünen gemeldet. – Bitte schön!

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Vielen Dank! – Vielen Dank für die Erklärungen! Ich hoffe, dass sich für uns im Kopf und vielleicht auch für Sie ein Zusammenhang ergibt zwischen den beiden Tagesordnungspunkten, die wir hier sehr bewusst auf eine Tagesordnung gesetzt haben.

Wir hatten am 14. März 2022 eine Anhörung von Minor. Minor ist ein Institut, das regelmäßig mit Interviews – ich hoffe, dass das auch weiterhin stattfindet – die Situation von EU-Bürgerinnen und -bürgern in Berlin betrachtet. Ich weiß, dass die auch mit Ihnen zusammenarbeiten, um Zahlenmaterial zu erheben. Wir wissen von der Minor-Studie – und das wird sich nicht geändert haben –, dass der Zuwachs an EU-Bürgerinnen und -bürgern seit 2010 um 70 Prozent gestiegen ist. Das hat sich verdoppelt. Es ziehen sehr viele Menschen aus anderen EU-Staaten nach Berlin zu und versuchen, hier Arbeit zu finden. Wir wissen aus der Minor-Studie vom vergangenen Jahr, dass Sie durch Corona ganz stark betroffen waren, weil Sie für viele der Menschen im Gastrobereich, in Hotels und in Reinigungen zuständig sind. Das sind also, wenn ich die Statistik angucke, die wir damals vom BEMA bekommen haben, durchaus Dienstleistungen und Leute, mit denen Sie zu tun haben.

Minor hatte damals – ich versuche, so ein bisschen den Zusammenhang herzustellen – festgestellt, dass vor allen Dingen Menschen aus Italien besonders betroffen waren, weil die viel im

Gastro- und Hotelbereich sind. Die sind interessanterweise trotzdem weniger beim BEMA aufgeschlagen. Das sind also Leute, die entweder sowieso pendeln oder eine andere Lösung für sich finden, wenn es jobmäßig schwieriger wird. Was beide damals – in der Sitzung im März vergangenen Jahres – festgestellt haben, war, dass die Sicherheit und Unsicherheit der Arbeitsverhältnisse natürlich auch wesentlich dazu beigetragen hat, wie die Europäerinnen und Europäer – ich fokussiere das jetzt mal, obwohl ich weiß, dass Sie natürlich auch Drittstaatsangehörige beraten – durch die Coronakrise gekommen sind.

Die Frage, mit der ich hergekommen bin, war, ob die Polen weiterhin auf dem ersten Platz sind. Das sind sie; das haben Sie gerade mit der Grafik gezeigt. Ich dachte, vielleicht hat sich durch den Ukraine-Krieg doch etwas verschoben. Es sind ja tatsächlich auch viele Menschen aus der Ukraine, die bei Ihnen Hilfe und Beratung suchen. Die Übereinstimmung zwischen Ihrer Analyse jetzt und der von Minor vom vergangenen Jahr ist, dass es auf jeden Fall eine Verschärfung der Prekarisierung gegeben hat und Menschen durch Corona und durch den Krieg, diese erzwungene Auswanderung, in existenziell schwierigere Situationen gekommen sind.

Mich würde interessieren: Viele, die zu Ihnen kommen, haben ja zusammenhängende Probleme, also Jobverlust, Lohnprellerei, den Verlust der Unterkunft. Das ist etwas, was bisher schon immer Thema war und von dem wir wissen, dass Sie daran arbeiten. Gibt es, was die Ukrainerinnen und Ukrainer angeht, eine ähnliche Problemlage, oder haben die noch mal andere Problemlagen, wenn die zu Ihnen kommen? Also mit welchen Fragen kommen die? – Sie haben ja in Ihrem breiten Beratungsangebot die Möglichkeit, diese multiplen Probleme auch auf den verschiedenen Feldern anzugehen. Deswegen die Frage: Hat sich durch die Ukrainerinnen und Ukrainer an dem Gesamtbild etwas verändert, haben die andere Problemlagen, oder ist das ähnlich wie bei den Europäerinnen und Europäern, die Sie in den letzten Jahren schon beraten haben?

Dann würde mich noch interessieren, ob Sie, nachdem die Coroneinschränkungen jetzt zu Ende sind und so etwas wie Gastro oder Hotel wieder funktionieren, eine Entspannung feststellen können, was die Hilfesuche bei Ihnen angeht. – So weit erst einmal von mir.

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Der Nächste auf der Liste ist Herr Schatz für die Linksfraktion. – Bitte schön!

Carsten Schatz (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Kruse, für die Präsentation! Warum wir beide Tagesordnungspunkte jetzt zusammen aufgerufen haben, ist ja im Wortbeitrag von Frau Dr. Kahlefeld schon deutlich geworden. Ich will da mal anknüpfen. In der Anhörung im letzten Jahr ist als großes Thema die Frage der Weiterbildungsangebote genannt worden, und was wir tun müssen, um diesen Bereich zu verbessern und zugänglicher zu machen – gerade für Menschen, die auf der Suche nach Arbeit nach Berlin gekommen sind und hier auch welche gefunden haben. Ich glaube, dass wir in dieses Angebot insgesamt tatsächlich noch mal stärker investieren müssen. Da spielt die Frage des Spracherwerbs eine Rolle, aber auf der anderen Seite ist es aus meiner Sicht auch wichtig, Weiter- und Fortbildungsangebote in der Muttersprache anzubieten – so, wie Beratung in Muttersprache angeboten wird und nicht erst gewartet wird, bis die Betroffenen Deutsch gelernt haben, um entsprechende Beratungen annehmen zu können. Das finde ich auch sinnvoll. Da richtet sich meine Frage an den Senat: Welche Maßnahmen sind an der Stelle geplant, um die Weiter-

und Ausbildungsangebote zu öffnen und weiterzuentwickeln, sodass sie für die Zielgruppe der zugezogenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch zugänglich sind und genutzt werden können?

Herr Kruse! Wenn man sich die Situation insgesamt anguckt, würde mich interessieren: Sehen Sie bei den Arbeitsangeboten und Arbeitsbedingungen insgesamt eine Verschlechterung oder eine Verbesserung der Situation, auch rückblickend betrachtet seit dem – wenn ich es mal so nennen darf – Ende der Pandemie? Welche Maßnahmen braucht es denn aus Ihrer Sicht, um gute Arbeitsbedingungen gerade für EU-Bürgerinnen und -Bürger, aber natürlich auch für die anderen zu fördern?

In der Präsentation sind mir zwei Stichworte sehr stark aufgefallen, nämlich Beratung zu „Zwangsarbeit“ und „Lohnbetrug“. Das Stichwort „Lohnprellerei“ ist schon gefallen. Da interessiert mich erstens: Könnten Sie noch mal ein bisschen erläutern, worum es da im Einzelnen geht? – Und eine Frage an den Senat, weil ich es erschreckend finde, dass so was in Berlin vorkommt: Ist sichergestellt, dass wirtschaftliche Akteure, die gegenüber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern so vorgehen, auch Konsequenzen zu befürchten haben, beispielsweise indem sie von der Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand ausgeschlossen werden?

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Als Nächstes ist Herr Meyer für die SPD-Fraktion auf der Liste. – Bitte schön!

Sven Meyer (SPD): Erst einmal auch meinen herzlichen Dank an Herrn Kruse! Ich kenne es noch aus eigener Erfahrung in der Ausbildung, wie unglaublich wichtig das BEMA für die Menschen ist. Ich habe da einige Leute hingeschickt, und die waren sehr dankbar für die Arbeit, die Sie tun. Von daher noch mal herzlichen Dank an Sie und vor allem an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter! – Ich würde einige Fragen zurückstellen und bleibe bei der Frage der Ausbildung, denn das würde mich auch interessieren. Wir haben in einigen Bereichen – zum Beispiel in der Gastro, die genannt wurde, aber auch in der Pflege – ja Situationen, wo sehr viele junge Leute, auch teilweise noch nicht erwachsene Leute, nach Deutschland kommen und hier eine Ausbildung machen. Meine Frage ist: Gibt es da Erfahrungen Ihrerseits mit jungen Leuten, die hier eine Ausbildung machen, die ja teilweise spezielle Probleme mit Arbeitgebern haben, was Aufenthaltsrecht angeht, was die Rahmenbedingungen angeht, und was könnte und sollte das Land hier aus Ihrer Perspektive noch tun?

Ansonsten – das wurde auch schon gefragt –: Welche Bereiche haben sich wie entwickelt? Gibt es in bestimmten Bereichen, gerade was die Arbeitgeber angeht, positive Entwicklungen? Gibt es in anderen Bereichen – wie Dienstleistungen, Gastro, Pflege und so weiter – auch noch deutlichen Nachholbedarf, wo es vielleicht auch vom Land Berlin Regelungen oder Unterstützung geben sollte? Und wo sehen Sie, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Europa angeht, spezifische Probleme, die sich logischerweise aufgrund des Aufenthaltsrechts auch von anderen Problemen unterscheiden, und welche wären das?

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Ich habe auf der Redeliste jetzt keine weiteren Meldungen. Dann sind wir mit der Fragerunde erst mal durch. – Herr Kruse, Sie hätten jetzt die Gelegenheit, alle aufgeworfenen Fragen zu beantworten, und danach der Staatssekretär, der ja auch ein paar Fragen bekommen hat. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Henning Kruse (Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg e. V.; Geschäftsführung): Vielen Dank für die Fragen! Ich versuche, alles zu beantworten. Ich werde in den Antworten wahrscheinlich mehrere Fragen aufgreifen, oder sie werden sich darin abbilden. Wenn etwas auf der Strecke bleibt oder wenn etwas spezifiziert werden soll, dann gerne noch mal nachfragen! – Eine Frage bezog sich auf spezifische Problemlagen von Menschen, die aus der Ukraine hierherkommen. Erst einmal kann man grundsätzlich sagen: Wenn man das ein bisschen verkürzt betrachtet – und das ist in dem Fall hilfreich –, ist das gar nicht so ein großer Unterschied, ob Menschen aus der Europäischen Union oder aus Drittstaaten zu uns kommen oder ob sie Geflüchtete sind.

Den Menschen, die aus der Europäischen Union zu uns kommen und hier direkt anfangen zu arbeiten, ist ja gemein, dass sie keinen Abschluss haben müssen. Die müssen keinen Berufsabschluss vorweisen, um hier arbeiten zu können. Das heißt, sie sind oft geringqualifiziert. Die Menschen kommen hierher, wollen hier arbeiten, sind aber erst mal in einer sehr prekären Situation, weil sie persönlich wirtschaftlich keine guten Möglichkeiten haben, die Sprache nicht sprechen, keine Rücklagen haben. Sie müssen sich auf dem Wohnungsmarkt orientieren und müssen häufig sehr schnell nachweisen, dass sie eine Wohnung haben, um überhaupt eine Arbeit anfangen zu können. Sie kennen, wie ich eingangs schon sagte, die Sozialsysteme nicht, kennen ihre Arbeitsrechte nicht. Das ist dieser Gruppe ein Stück weit gemein. Es gibt mit Sicherheit auch gut qualifizierte Leute, die hierherkommen und die Sprache können, und dann fällt es natürlich viel leichter, sich da auch schon ein Stück weit zu orientieren. Aber diese Gruppe, die diese Möglichkeiten nicht hat und entsprechende Rahmenbedingungen hat, ist sehr groß. Insofern ist es richtig, dass es oft multiple Problemlagen sind, in denen sich diese Menschen befinden, und wenn es dann noch ein Problem bei der Arbeit gibt, also mit dem, womit man seinen Lebensunterhalt bestreitet und sich Möglichkeiten schaffen kann, wenn da beispielsweise gerade eine Kündigung akut ist oder Lohn nicht gezahlt wird, dann vergrößert sich diese Prekarität der Menschen auf einen Schlag, und sie drohen wirklich abzugleiten bis in die Wohnungslosigkeit et cetera.

Ein zweiter Punkt, der diesen Gruppen ein Stück weit gemein ist, ist, dass dadurch natürlich auch eine starke Abhängigkeit vom Arbeitgeber entsteht. Die Menschen sind eher bereit, Dinge zu machen, die sie woanders vielleicht nicht machen würden, also eine Arbeit anzufangen, ohne einen Arbeitsvertrag zu haben, oder nicht kritisch zu sein, wenn die ersten Lohnzahlungen nicht folgen und ausbleiben, sondern das alles erst mal zu ertragen. Dann fängt es auch schon an, in Richtung – das wurde auch schon angesprochen – Arbeitsausbeutung und Zwangsarbeit zu gehen, wenn die Arbeitgeber anfangen, überhöhte Rechnungen für Wohnraum zu stellen, diese Dinge vom Lohn abzuziehen et cetera. Das sind Fälle, die auch aus den Medien bekannt sind, glaube ich.

Bei den Ukrainerinnen und Ukrainern hatten wir jetzt die besondere Situation, dass die relativ schnell in Arbeit kommen konnten. Wir hatten im letzten Jahr erst mal eine Orientierungsphase. Da sind die Menschen noch gar nicht mit Fragen gekommen; da spielten die Themen Kündigung oder Lohnzahlung noch gar keine Rolle, sondern es ging erst mal um den Eintritt in den Arbeitsmarkt und darum, welche Möglichkeiten es da gibt. Das ist nicht so sehr unser Schwerpunkt, aber wir sind da sehr gut mit anderen Anbietern vernetzt, die die Menschen genau darüber informieren.

Dann hat man aber relativ schnell gesehen, dass die Menschen, die Ukrainerinnen und Ukrainer, in Arbeit gekommen sind. Und die Bedarfe oder die Nachfragen, die dann kamen, sind eigentlich immer die Klassiker: Das sind die Themen Lohnzahlung, nicht gezahlte Löhne und ungerechtfertigte Kündigungen. Oder auch eine allgemeine Unsicherheit: Wir hatten letztes – das hat mir eine Beraterin berichtet – einen Fall, da ist eine Ukrainerin, die sich im Reinigungsgewerbe in Arbeit befand, schwanger geworden und hat sich dann an uns gewandt, weil sie gar nicht wusste, was sie ihrem Arbeitgeber nun erzählen konnte, weil sie Angst hatte, dass ihr gekündigt wird, wenn sie das ihrem Arbeitgeber erzählt. Da war eine enorm große Unsicherheit, die wir ihr durch die Beratung erst mal nehmen konnten, und es ist bei dem Arbeitgeber auch nichts Schlimmes passiert, es ging alles seinen Weg. Aber das sind natürlich Situationen und Unsicherheiten, die ein Stück weit aus der Unkenntnis über Rechte entstehen.

Die Coronasituation wurde zweimal angesprochen, und es wurde gefragt, ob es da entsprechende Veränderungen gab. Das können wir nicht sagen. Natürlich hatten wir zu Coronazeiten ganz andere Beratungsthemen. Das Thema Kurzarbeit spielte eine Rolle; auch beim Thema Kündigungen war es schon so, dass wir in dieser Zeit mal einen gewissen Peak hatten. Auch in der Nachcoronazeit haben sich die Themen aufgrund der Coronaerfahrung ein bisschen geändert. Wir haben jetzt beispielsweise häufig den Fall, dass jemand, der hier arbeitet, jetzt mal wieder in sein Heimatland zurück will, weil er dort Verpflichtungen hat, und dann danach fragt: Kann ich mobil arbeiten? Wie ist es da mit den Rechten? Kann ich vom Ausland aus weiterhin arbeiten? – Das ist vielleicht eine ganz interessante Entwicklung.

Dann hatten Sie, Herr Schatz, in diesem Kontext auch branchenbezogen nach Verschlechterungen und Verbesserungen gefragt. Da vermag ich jetzt auch nicht unbedingt eine Tendenz zu erkennen, dass es dort in eine Richtung geht. Wir haben nach wie vor als wirklich kritische Branchen, aus denen viele Nachfragen kommen, den ganzen Bereich der Logistik, der Kurierfahrer, der Riders, wie sie auch genannt werden, das Reinigungsgewerbe, das Baugewerbe, die ganzen Klassiker – das war vor der Coronazeit auch schon so – mit dem Thema Scheinselbstständigkeit, mit dieser Subunternehmervertragskette, mit unrechtmäßigen Vertragsverhältnissen, die da eingegangen wurden. Das hat man heute auch noch. Natürlich ist die große Masse der Unternehmen – das ist jetzt mein Eindruck – daran interessiert, für die Leute auch gute Arbeitsbedingungen zu schaffen. Es geht um Fachkräfte. Darauf wird schon viel stärker geguckt. Da ist eine Offenheit für diese Themen und dafür, dass man diese Menschen auch informiert über ihre Arbeitsrechte. Da sagt kein Arbeitgeber: Nein, bei mir nicht. Ich will nicht, dass die ihre Rechte kennen. – oder so, aber schwarze Schafe gibt es leider immer noch. Ich hatte es eingangs geschildert: Die Menschen sind in einer prekären Situation, und das wird doch immer noch extrem ausgenutzt, nicht nur in Berlin. Wir haben auch in Brandenburg ein Beratungsangebot, da machen wir im Prinzip dieselben Erfahrungen.

Sie hatten auch nach den Bedingungen für gute Arbeit gefragt. Eine Bedingung sind natürlich Unterstützungsangebote, wie wir sie vorhalten, und viele andere Unterstützungsangebote, die dafür sorgen, dass die Menschen sich nicht in dieser Unsicherheit befinden. Wenn gewollt ist, dass die Menschen hier arbeiten und hier bleiben, dann müssen wir sie an der Stelle unterstützen, sonst sind sie ganz schnell wieder weg, wenn sie den Eindruck haben, sie werden betrogen, sie werden ausgebeutet. Für mich ist das eher so ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit. Da braucht man Angebote, um die Menschen zu unterstützen. Das ist total wichtig für die Menschen aus dem Ausland. Letztlich ist es ja ein Recht, das die Menschen haben. Wir fordern ja keine Sonderleistungen für diese Menschen, die da sind, sondern das ist ein ver-

brieftes Recht. Für die Menschen aus der EU, die hierherkommen, gilt, dass solche Beratungs- und Informationsangebote vorgehalten werden müssen. Insofern sage ich immer: Wir setzen mit dem, was wir machen, letztlich nur EU-Recht um.

Vielleicht noch etwas, was eine Kleinigkeit sein könnte: Ich habe mich vor dieser Anhörung natürlich auch ein bisschen mit unseren Beraterinnen und Beratern unterhalten, gerade um Trends herauszuhören. Die sind natürlich ein bisschen näher dran als ich. Was gut funktioniert hat und gut gelaufen ist, jetzt auch in der Integration und Betreuung der Ukrainerinnen und Ukrainer, ist, dass die Formulare und Informationsblätter in den ganzen Ämtern in ukrainischer Sprache vorgehalten wurden. Das war extrem hilfreich. Dadurch hat man ganz viele Nachfragen, viel Verwirrung et cetera vermieden. Es sind also manchmal solche Kleinigkeiten, an denen man ansetzen kann, um die Menschen gar nicht erst in die falsche Richtung loszuschicken, und dann landen sie auch gar nicht erst bei uns.

Arbeitsausbeutung, Zwangsarbeit – das ist ein Bereich, in dem wir auch sehr eng mit dem Zoll zusammenarbeiten. Wir hatten in den letzten Monaten leider entsprechende Fälle mit dem Thema Entgeltzahlung, in denen der Lohn also über einen längeren Zeitraum nicht gezahlt wurde. Die Menschen waren komplett mittellos. Den Menschen wurde mit der Begründung ihrer Unterkunft et cetera der Lohn einbehalten, einfach nicht ausgezahlt. Sie waren hier und standen vor dem Nichts. Auch da haben wir eine stetige Entwicklung, und da zielt unser Angebot auch dahin, dass wir durch Kooperation und Informationsaustausch mit dem Zoll die Kolleginnen und Kollegen, die dort arbeiten, darüber informieren, wie man Zwangsarbeit überhaupt erkennt, was Parameter von Zwangsarbeit sind, um die Menschen dann aus dieser Situation herauszuholen und sie zumindest erst einmal mit einer Beratung – wo kann ihnen weitergeholfen werden, wer kann ihnen weiterhelfen? – zu unterstützen.

Das Thema Ausbildung hatten Sie noch angesprochen. Ich würde erst mal sagen, wir haben keine spezifischen Erfahrungen mit jungen Leuten, die aus der EU hierherkommen und hier eine Ausbildung machen wollen. Wir haben – gerade in der spanisch- und französischsprachigen Beratung – in der Tat welche, die dann auch bei uns landen und die Herausforderung haben – gerade Auszubildende, gerade junge Menschen –, dass sie, wenn etwas nicht funktioniert von dem, was sie sich vorgenommen haben, sofort ein Problem haben, weil sie keine großen Rücklagen oder wirtschaftliche Möglichkeiten haben.

Sehr wichtig finde ich insgesamt das Thema, auch berufsbezogene Sprachkurse anzubieten. Alle anderen Sprachkurse, Integrationskurse, DaF-Kurse dauern so ihre Zeit, und ich glaube, die Motivation ist bei den Menschen am höchsten, wenn sie einen unmittelbaren Bezug zu einer Lebens- oder Arbeitssituation haben, und dass sie dann diese Sprache über die Berufsbezogenheit lernen, weil sie die da brauchen. Das ist eine Motivation, da gehen sie hin. Das wäre eine Empfehlung, da auch ein Stück weit zu investieren, um die Menschen in ihrem Beruf zu unterstützen.

Das bezieht sich mit Sicherheit auch auf die Ausbildung, denn auch da ist Sprache wichtig. Da müssen sie nicht nur mit den Händen arbeiten, sie müssen irgendwann ihren Abschluss schreiben, einen Test machen und so weiter. Dafür ist das besonders wichtig. – Eventuell habe ich irgendetwas vergessen, aber ich würde es erst mal bei diesen Ausführungen belassen.

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! Das klären wir gleich noch. – Jetzt würde ich erst einmal dem Staatssekretär das Wort geben zur Beantwortung der Fragen, die an den Senat gerichtet waren. – Bitte schön!

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Kruse, für den sehr interessanten Einblick! Ich habe mir zwei Fragen von Herrn Schatz notiert. Ich hoffe, ich habe nichts vergessen.

Vielleicht als Einleitung, ganz generell: Sehen Sie es mir bitte nach! Ich möchte nicht sagen, dass ich nicht zuständig bin, aber mein Eindruck ist, dass wir hier eine sehr allgemeine arbeitsmarkt- und sozialpolitische Diskussion führen und das Thema von allgemeiner arbeits- und sozialpolitischer Natur ist. Ich werde gern etwas dazu sagen, habe aber die Bitte – weil ich das Thema so interessant finde –, dass es möglichst auch im zuständigen Ausschuss und mit den zuständigen Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern diskutiert wird, weil es an dieser Stelle ganz allgemein um Arbeits- und Sozialpolitik geht. – Das nur als kleine Vorbemerkung.

Jetzt komme ich gern zurück auf die Fragen. Weil die Punkte, die Sie ansprachen und von denen Sie berichtet haben, aufgrund der Zuständigkeiten bei uns in der Senatskanzlei bisher nicht jeden Tag auf dem Schreibtisch lagen, war für mich einiges neu und sehr interessant. Ich habe versucht, das für mich zu strukturieren: Ich sehe im Wesentlichen zwei Problem- oder Themenkreise, über die wir hier gerade gesprochen haben beziehungsweise sprechen. Zum einen ist es der ganz reguläre Arbeitsmarkt, zu dem Sie Beratungsleistung liefern, wenn Menschen kommen und sagen: Ich habe eine Kündigung auf den Schreibtisch bekommen beziehungsweise im Briefkasten gefunden. Wie soll ich verhalten? Können Sie mir einen Tipp geben? – oder: Ich finde keine Wohnung. – Das hat ja per se nichts mit einem prekären Arbeitsmarkt zu tun oder mit illegalen oder unmoralischen Methoden, sondern es passiert leider gelegentlich in jedem Unternehmen, dass Menschen eine Kündigung bekommen oder solche Fragen haben. Das ist für mich ein Problem- oder Themenkreis. Dazu gehört auch die Frage von Herrn Schatz, was Fort- und Weiterbildung angeht.

Auf der anderen Seite haben wir hier ganz wesentlich über den Themenkreis einer prekären oder teilweise auch kriminellen Arbeitswelt gesprochen, mit Arbeitssklaven – so muss man es, glaube ich, bezeichnen. Das ist eine moderne Form der Sklaverei, die teilweise leider auch in unserem Land passiert und offenbar auch in unserer Stadt. Aber die beiden Themenkreise haben unmittelbar erst einmal nichts miteinander zu tun. So ist mein Verständnis. Deswegen würde ich das in dem Sinne strukturieren und nacheinander abarbeiten.

Der dritte Themenkreis, der auch nicht unmittelbar damit zusammenhängt, sondern eher zum ersten gehört, ist die Frage der Ukrainerinnen und Ukrainer. Dazu habe ich auch vorhin schon etwas gesagt, als wir heute Morgen über die Städtepartnerschaft gesprochen haben. Das wäre vielleicht das dritte Thema. – In der Reihenfolge: Was den regulären Arbeitsmarkt angeht, freuen wir uns natürlich sehr, dass es diese Arbeit gibt, die von den Gewerkschaften mit staatlicher Unterstützung in Berlin geleistet wird.

Zur Frage nach den Weiter- und Fortbildungsangeboten: Ich glaube, da war Ihre Frage, ob oder inwiefern die für Zugezogene geöffnet werden können. Ganz ehrlich, ich hatte eigentlich gedacht oder hoffe, dass die offen sind, und wenn es nicht so wäre, würde ich das sehr begrüßen.

Ich habe heute Morgen beim TOP Bundesrat gesagt, dass wir vor der Sommerpause das Thema Fachkräftezuwanderung im Bundesrat hatten; dass wir jetzt zwar die Gesetze geschaffen haben, aber doch allgemein vor der Situation stehen, dass wir einen Fachkräftemangel haben und dass es oft auf der operativen Ebene beziehungsweise auf der Verwaltungsebene scheitert. Das heißt: Wenn wir für Zugezogene, die entweder schon länger hier sind, wie die Menschen – Sie haben es vorhin gesagt –, die schon seit einigen Jahren hier sind, auch aus dem EU-Ausland, und die gerade durch die Coronazeit und durch die Veränderungen des Arbeitsmarktes infolge der Coronazeit arbeitslos geworden sind – – Wenn wir das diesen Menschen ermöglichen, ganz unabhängig davon, ob sie hier in Deutschland geboren sind oder deutsche Staatsbürger sind, die schon lange hier leben, ob sie EU-Zugezogene oder Menschen aus Drittländern sind, die seit einiger Zeit hier sind – – Wir haben doch aufgrund des Fachkräftemangels ein gemeinsames Interesse daran, dass sich diese Menschen möglichst produktiv in unsere Wirtschaft einbringen. Wenn es daran scheitert oder das Problem die Fortbildung ist, dann hätte ich doch die Hoffnung, dass die Angebote allen offenstehen. – Aber bevor ich am Thema oder an der Frage vorbeiredet, kann Herr Schatz vielleicht noch einmal präzisieren, was er eigentlich meinte – nicht, dass ich jetzt an seiner eigentlichen Frage völlig vorbeiredet, und dann komme ich auf die anderen Themen zu sprechen.

Vorsitzender Andreas Otto: Das neue Instrument der präzisierenden Nachfrage. – Es gibt noch Nachfragebedarf von Frau Dr. Kahlefeld und von Herrn Schatz. Das machen wir jetzt, und dann antworten Sie und gegebenenfalls Herr Kruse auf die letzten Fragen. Weitere Wortmeldungen habe ich jetzt nicht und würde dann auch keine mehr aufnehmen. – Frau Dr. Kahlefeld fängt an und dann Herr Schatz!

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Es ist wirklich kurz, denn ich bin auch auf die Klärung zwischen Ihnen beiden gespannt. – Es hat sich aus Ihren Ausführungen tatsächlich noch eine Nachfrage ergeben, die ich gern kurz stellen würde.

Wir haben relativ viel Hirnschmalz und dann auch Aktivität investiert, um dafür zu sorgen, dass bei den Ermittlungsbehörden und auch beim Zoll eine Sensibilität und eine veränderte Zuständigkeit entsteht. Durch eine veränderte Zuständigkeit haben wir erreicht, dass ein größeres Fachwissen und eine Sensibilität dafür da ist, dass jemand, den ich ohne Arbeitspapiere antreffe, nicht unbedingt schwarzarbeitet, sondern möglicherweise jemand ist, der gar keinen Vertrag bekommen hat. Das heißt, ich habe es mit Arbeitsausbeutung zu tun. Diesen Sachverhalt zu erkennen, haben wir dadurch geschafft, dass das auf der ermittelnden Seite gebündelt ist. Da wollte ich noch mal nachfragen, ob das nach wie vor funktioniert. Wir haben da nämlich ganz eng mit dem BEMA zusammengearbeitet, damit es einen Informationsaustausch gibt, damit das Fachwissen und die Sensibilität dafür da sind. – Jetzt habe ich lange für die kurze Frage gebraucht. Ich wollte nur wissen, ob diese Beziehungen noch bestehen und ob das nach wie vor funktioniert oder ob man politisch noch mal nachfassen müsste, denn wir haben natürlich ein Interesse daran, dass in die richtige Richtung ermittelt wird und nicht möglicherweise jemand als Schwarzarbeiter abgeschoben wird und wir denjenigen, der einfach nur den nächsten Bus mit Arbeitern unbezahlt arbeiten lässt, ungeschoren davonkommen lassen. Das kann ja nicht in unserem Interesse sein.

Herr Hauer, Sie haben recht: Wir wussten, als wir das auf die Tagesordnung gesetzt haben, dass es nicht die direkte Zuständigkeit von Ihnen gibt, aber es ist ja doch ein Europathema, weil im Rahmen der Freizügigkeit Menschen kommen können. Zumindest auf Abgeordneten-

seite ist es auch so, dass wir noch in anderen Ausschüssen sind und die Dinge weitertragen können. – Das zur Sinnhaftigkeit dieser gemeinsamen Anhörung.

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Herr Schatz! Sie dürfen.

Carsten Schatz (LINKE): Vielleicht noch mal zur Präzisierung: Mir ging es gar nicht um eine Frage von Öffnung im Sinne von administrativer Öffnung, weil ich natürlich davon ausgehe, dass es offen ist. Die Frage ist, wie zugänglich es ist. Das fängt mit der Frage von Spracherwerb an. Dazu hat Herr Kruse jetzt klar den Vorschlag gemacht, berufsbezogene Sprachkurse anzubieten. Da kommt mir als simplem Abgeordneten die Idee: Warum setzt man nicht so etwas auf, dass man sagt, Unternehmen, die berufsbezogene Sprachkurse anbieten, geben wir 5,50 Euro dazu – die Summe war jetzt dahingesagt, es kann auch mehr sein –, um einen Anreiz zu schaffen, dass so ein berufsbezogener Spracherwerb stattfindet, der die Voraussetzung ist, um darüber hinaus Weiterbildungsangebote wahrnehmen zu können? – Das Thema haben Sie ja zu Recht angesprochen. Wir reden allerorten über mangelnde Fachkräfte. Dann kommen Menschen hierher, die in Berlin eine Arbeit aufnehmen, und wir merken, dass für den beruflichen Fortgang Aus- und Weiterbildung entscheidend sind. Dann müssen wir doch da etwas tun, finde ich.

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Das waren die Nachfragen. Wollen Sie weitermachen und dann kommt gegebenenfalls Herr Kruse dran, falls noch etwas offen ist? – [Staatssekretär Florian Hauer (Skzl): Ja!] – Bitte schön!

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl): Danke, Herr Vorsitzender! – Auch, wenn das die Geschäftsordnung jetzt vielleicht etwas gesprengt hat, war es zumindest für mich sehr hilfreich, dass wir das noch mal konkretisiert haben – auch das, was Frau Dr. Kahlefeld sagte.

Ich wollte auch gar nicht sagen, dass ich nicht zuständig bin; ich wollte mich nur vorbeugend entschuldigen, wenn ich an der Stelle nicht so fundiert Auskunft geben kann. Ich habe auch gesagt, dass es für mich total interessant und informativ ist. Deswegen bin ich auch für den Wortbeitrag von Herrn Schatz sehr dankbar, weil ich die Idee gut finde. Wir haben ein Problem beziehungsweise eine Herausforderung, vor der wir stehen, und wir sollten – das ist unser Ansatz – unideologisch-pragmatische Lösungen finden, ohne Scheuklappen. Ich würde auch in Richtung der Koalition gucken, dass wir solche Ideen mal mitnehmen und gucken, wo wir sie platzieren können. – Vielleicht können Sie eine Mail mit Ihrer Idee schicken, auch an mich persönlich; ich gebe es gern weiter. Ich finde die Idee gut, und es spricht aus meiner Sicht nichts dagegen.

Noch einmal: Ich habe ganz am Anfang von den Ukrainern berichtet und dass wir da die Situation haben, dass wir da ganz viele junge, engagierte und motivierte Menschen mit guter Schulausbildung haben, die bei uns aber einfach nicht in die duale Ausbildung kommen, weil sie die Berufsschule nicht schaffen würden, weil sie nicht die Sprachkenntnisse haben. Wir sollten das unterstützen und parallel, ohne dass wir unsere duale Ausbildung infrage stellen, dort eine pragmatische Lösung finden. Ich glaube, das wäre im Interesse aller und im Interesse unserer Stadt. Ich bin da offen und nehme das gern mit.

Ich wollte noch etwas zu dem zweiten Problemkreis sagen – denn danach haben Sie auch gefragt –, zu diesen prekär-kriminellen Milieus. Ich bin auch immer wieder schockiert, davon zu lesen, dass Menschen völlig skrupellos ihrem persönlichen Profitstreben folgen. Ich kenne das auch aus anderen Bundesländern, wenn ich sehe, was teilweise in NRW oder Niedersachsen in der Fleischindustrie passiert. Darüber gibt es ja regelmäßig Berichte. Ich kenne das aus anderen Städten, in denen es diese berühmt-berüchtigten Arbeiterstriche gibt. Ich weiß gar nicht, ob es so etwas in Berlin auch gibt. Da kann ich Ihnen für den Senat eine klare Antwort geben, da gibt es keine Diskontinuität: Diese Verhältnisse wollen wir nicht akzeptieren. Wir haben eben über den Zoll gesprochen, und ich glaube, dass wir in vielen Fällen automatisch im Bereich der Staatsanwaltschaft sind, weil ich das einfach für kriminell halte, was da passiert. Ich hoffe, dass das konsequent geahndet wird. Ich habe manchmal den Eindruck, dass die Strafen nicht hoch genug sind, sodass es sich betriebswirtschaftlich immer noch lohnt, das zu machen, weil man weiß: Unter dem Strich fahre ich immer noch günstiger oder profitabler, als wenn ich mich ehrlich verhalte. – Das ist vielleicht auch noch ein Problem.

Damit komme ich gleich zum nächsten Punkt: Ich denke, dass in dem Bereich viel bundesgesetzlich zu regeln ist, und dass wir härtere und effizientere Gesetze brauchen. Ich habe vor der Sommerpause von einer Bundesratsinitiative berichtet, die wir als Berliner Senat unterstützt haben. Da ging es um das Verbot von Werkverträgen im Bereich der Paketdienstleister. Ich hoffe, dass diese Bundesratsinitiative eines Tages eins zu eins im Bundesgesetzblatt landet. Das ist ein Phänomen, das ich in meiner Homeofficezeit jeden Tag beobachtet habe, wenn es fünfmal an der Tür geklingelt hat und die Menschen dastanden und die Pakete abgeliefert haben. Es gibt sicherlich noch ganz andere Phänomenbereiche. Ich denke, klassischerweise gehört die Bauindustrie auch noch dazu.

Weil Sie danach gefragt haben: Ich möchte auf unseren Koalitionsvertrag verweisen, in dem wir ein ganz klares Bekenntnis zugunsten der Tariftreue im Bereich des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes abgegeben haben. Es gibt die klare Erwartung und es ist so vereinbart, dass diese Tariftreue nicht durch irgendwelche gesellschaftsrechtlichen Konstruktionen umgangen werden darf, aber ich bin auch bei Ihnen und sehe, dass es in der Praxis leider oft so ist wie beim Hasen und beim Igel, dass eine Heerschar von Anwälten und Steuerberatern da sehr kreativ ist und Justiz, Gewerbeämter und Zoll gar nicht hinterherkommen, das zu kontrollieren. Da sind wir dann in der Pflicht, unsere Verwaltung so aufzustellen, dass wir das konsequenter ahnden. Weil man in diesem Bereich keine klassische Gewerkschaftsarbeit hat, weil die Leute nicht gewerkschaftlich organisiert sind, es keine Betriebsräte gibt, und weil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oft gar kein Interesse haben, mit der Justiz oder der Verwaltung zu kooperieren, weil sie wissen, dass es für sie persönlich dann auch negative Konsequenzen hat und sie im Zweifel abgeschoben werden oder so, ist es umso wichtiger, dass wir eine Beratung haben, wie Sie sie anbieten, was ich an der Stelle sehr begrüße.

Ein letzter Satz zu den Ukrainerinnen und Ukrainern, ich habe es eben schon gesagt: Wir haben die Menschen hier. Die sind engagiert. Es ist für die Menschen keine schöne Situation, wenn man sich den ganzen Tag langweilt, aber es ist umgekehrt auch für uns ein Potenzial, das wir nutzen sollten. Ich kann nur appellieren, dass wir alle gemeinsam nach pragmatischen, unbürokratischen Lösungen suchen – Stichwort Anerkennung von Berufsabschlüssen – oder nach Modellen, ich habe es eben schon gesagt, unterhalb der dualen Ausbildung, ohne die duale Ausbildung infrage zu stellen, weil das ein wichtiger Standortfaktor ist. Dass wir das beibehalten und verteidigen wollen, ist klar.

Eher im Gegenteil: Wir sind auf der Suche nach Menschen. Die duale Ausbildung ist so wichtig, und wir freuen uns über jeden jungen Menschen, der in die duale Ausbildung geht. – Ich hoffe, dass ich die Fragen so weit wie möglich beantwortet habe. Wie gesagt, ich bedanke mich ausdrücklich für die Anregungen und die Ideen, die ich gern mitnehme.

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Herr Kruse! War von Ihnen noch etwas zu beantworten?

Henning Kruse (Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg e. V.; Geschäftsführung): Eine Kleinigkeit. Ich wollte eine Sache noch mal kurz hervorheben: Natürlich gibt es auch andere Beratungsangebote, arbeitsrechtliche Beratungsangebote und so, bei den Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden et cetera. Die riesige Herausforderung ist ein Beratungsangebot mit so einer Mehrsprachigkeit. Das finden Sie nicht bei einer Gewerkschaft. Wir kooperieren natürlich ganz eng mit Gewerkschaften; die sind unser Träger. Die Gewerkschaften haben ein Interesse: Gebt die Leute zu uns. Wir haben eine gute Beratung. – Die haben sie auch, aber maximal zweisprachig. Das ist, glaube ich, wirklich das Wichtige bei diesem Thema.

Sie fragten nach der Kooperation mit dem Zoll, im Bereich Zwangsarbeit mit dem Landeskriminalamt et cetera: Die funktioniert sehr gut, weil wir da auch die Unterstützung der Senatsverwaltung haben. Wenn wir mal irgendwo nicht weiterkommen – was oft passiert, wenn eine kleine Beratungsstelle irgendwo anruft und sagt: Wir haben hier ein Thema –, dann geht es oft über die Senatsverwaltung, und dort ist sehr viel Aufmerksamkeit und Interesse. Dann finden da auch Gespräche statt und wir kommen in die Abstimmung. – Danke!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank, Herr Kruse! – Damit haben wir die Tagesordnungspunkte 5 und 6 abgearbeitet. Wir würden den Vorgang 0066, das war der TOP 5, abschließen und den anderen vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt, wie wir das vorhin bei TOP 4 auch gemacht haben. – Jetzt hat sich Herr Schatz noch mal gemeldet.

Carsten Schatz (LINKE): Ich wollte nur eine Bitte äußern: Meine Bitte wäre, dass wir im Anschluss die Präsentationen von Herrn Dr. Johann und von Herrn Kruse bekommen.

Vorsitzender Andreas Otto: Ich gucke mal; Sie können nicken. – Das wäre möglich. Dann machen wir das so. Wir verschicken das dann über das Ausschussbüro.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.